



Kulturausschuss

in gemeinsamer Sitzung mit den Kulturausschüssen der
Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe

16. Sitzung (öffentlich)

14. März 2007

Pulheim-Brauweiler – Abtei Brauweiler

10:30 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1	Begrüßung und Einführung	3
	– Vorsitzender Prof. Dieter Patt (LVR)	3
	– Vorsitzender Dr. Fritz Behrens (Landtag)	4
2	Bericht der Landesregierung zum Thema Substanzerhalt	5
	– StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)	5
3	Kultur in Nordrhein-Westfalen	9
	– Statement des Vorsitzenden Dr. Fritz Behrens (Landtag)	9
	– Statement des Vorsitzenden Dieter Gebhard (LWL)	10
	– Statement des Vorsitzenden Prof. Dieter Patt (LVR)	13

4	Vorstellung der Kulturarbeit der Landschaftsverbände	16
	– Vortrag der Landesrätin Milena Karabaic (LVR)	16
	– Vortrag des Landesrates Prof. Dr. Karl Teppe (LWL)	16
	– Vortrag von Prof. Dr. Udo Mainzer (LVR)	17
	– Vortrag von Dr. Gabriele Isenberg (LVR)	22
	– Diskussion	27

* * *

Aus der Diskussion

1 Begrüßung und Einführung

Vorsitzender Prof. Dieter Patt (LVR) führt aus:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns sehr über Ihr Interesse an der Kulturarbeit der Landschaftsverbände gefreut. Wir begrüßen Sie ganz herzlich in der altehrwürdigen Abtei Brauweiler.

Brauweiler – das will ich kurz aufgreifen – steht in besonderer Weise für unsere Kulturarbeit, für unsere Geschichte, für unsere Einrichtungen, für das Bewahren, aber auch das Weiterentwickeln, für gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedstädten und -kreisen, mit denen uns mehr verbindet als nur die Landschaftsverbandsumlage, und für die gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Land Nordrhein-Westfalen, mit dem uns ebenfalls mehr verbindet als nur das GFG.

Für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit möchte ich mich deshalb an dieser Stelle erst einmal recht herzlich bei Ihnen allen bedanken.

Dank sage ich auch natürlich in Richtung Landesregierung, die hier durch den Staatssekretär Herrn Grosse-Brockhoff vertreten wird.

Landtag und Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, stehen vor großen Aufgaben und Herausforderungen. Wir möchten Ihnen heute sagen und zeigen, dass wir mit großem Engagement, mit Kompetenz und Erfahrung in beiden Landschaftsverbänden unsere Kulturarbeit fortführen möchten.

§ 5 der Landschaftsverbandsordnung überträgt den Landschaftsverbänden große Verantwortung für bedeutende Aufgabenbereiche. Landschaftliche Kulturpflege heißt dort die Überschrift über unseren Kulturbereich. Es gilt, das weite Feld unserer reichen Kulturlandschaft zu beackern. Dabei ist nach unserem Verständnis auch die Verbindung zu dem anderen ganz großen Aufgabenbereich, nämlich dem Sozialen, sehr eng – viel enger, als manche das vielleicht sehen; denn es ist eine große kulturelle, also menschliche Aufgabe, sich um die Schwächeren, die Kranken, die Behinderten zu kümmern.

Und so sagen wir hier übergreifend: Qualität für Menschen! Das bedeutet Lebensqualität und Lebensfreude. Und so sind wir auch mit unserem Herzen ganz eng dabei.

Meine Damen und Herren, das hat auch eine praktische Bedeutung; denn wir bringen die Kultur ebenfalls in unsere sozialen Einrichtungen. Auch behinderte Menschen sind kreativ und sportlich. Einige bringen, wie wir alle wissen, es dabei zu Höchstleistungen sowohl in der Kunstszene als

auch im Sport. Und das ist für uns Programm. Das ist für uns Bestätigung und Ansporn zugleich.

Sodann stellt der Vorsitzende des Kulturausschusses des LVR den weiteren Programmablauf der gemeinsamen Sitzung vor.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens (Landtag) bedankt sich im Namen des Kulturausschusses des Landtags für die freundliche Begrüßung und für die Gastfreundschaft, die man bei Kaiserwetter im Kaisersaal in Brauweiler genießen dürfe, und eröffnet offiziell die Sitzung der drei Ausschüsse. Wörtlich trägt er weiter vor:

Ich, der ich ja noch nicht so lange im Kulturausschuss mitarbeite und auch noch nicht so lange dessen Vorsitzender bin, habe mir sagen lassen, dass die gemeinsame Sitzung der drei Kulturausschüsse, also der Gremien der Landschaftsverbände und des Landtages, heute schon wiederholt stattfindet. Ich habe die Protokolle der beiden letzten Sitzungen von Januar 1998 und April 2004 einsehen können – sozusagen Protokolle aus der guten alten Zeit. Ich meine jetzt nicht vor Einführung des Euro, sondern zu der Zeit, als Herr Grosse-Brockhoff noch aufseiten der Landschaftsverbände gesessen hat. Aus meiner Sicht war das eine gute alte Zeit; das mögen einige heute anders sehen.

(Heiterkeit – Unruhe)

Aber ich begrüße natürlich auch ihn als den Vertreter der Landesregierung heute sehr herzlich an der Spitze seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und ich freue mich, dass wir heute wieder zu einer gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse zusammenkommen können.

Ich möchte keine langen Vorreden halten; denn zur Sache werden wir nachher noch sprechen. Ich freue mich – vielleicht sollte ich das bei der Gelegenheit sagen; man hat ja in der Politik auch verschiedene Hüte auf und bekleidet so manches Amt, manches Ehrenamt –, dass ich in diesem Jahr noch einmal hier in Brauweiler zu Gast sein werde. Ich bin auch Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Diese Organisation, der Landtag und die Landesregierung veranstalten traditionell – das schon über viele Jahrzehnte – eine Gedenkfeier des Landes Nordrhein-Westfalen, die in diesem Jahr in Brauweiler stattfinden wird. Ich würde mich freuen, Sie bei dieser Gedenkfeier Mitte November möglichst zahlreich begrüßen zu können.

2 Bericht der Landesregierung zum Thema Substanzerhalt

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) trägt vor:

Meine Herren Vorsitzende, Landesdirektoren, Kolleginnen und Kollegen Dezenten! Liebe ehemalige Kolleginnen und Kollegen aus den Landschaftsversammlungen! Ich erinnere mich gern, lieber Herr Behrens, an die aus meiner jetzigen Sicht „schlechten“ vergangenen Zeiten und genieße die guten gegenwärtigen Zeiten. Aber ich erinnere mich auch an die vergangenen Zeiten beim Landschaftsverband, und da waren sie nicht schlecht. Ich erinnere mich auch mit lebhafter Freude an gemeinsame Diskussionen in diesem Kreis in früheren Jahren und kann für die Landesregierung sagen: Wir stehen gerne zu weiteren Gesprächen zu diesen Themen und zur Zusammenarbeit zur Verfügung.

Wie es denn der Zufall will, haben wir heute ein Thema auf der Tagesordnung, das in zweierlei Hinsicht ein Beweis für die Schwerpunkte der neuen Landeskulturpolitik ist: erstens den Substanzerhalt zu pflegen, für den wir immerhin im Haushalt in diesem Jahr rund 3 Millionen € zur Verfügung haben, und zweitens das mit den Kommunen und vor allen Dingen mit den Landschaftsverbänden auch anzugehen.

Das beweist das erste Programm, das zurzeit läuft und das aus unserer Sicht auch noch viele Jahre laufen soll. Es ist ein Mammutprogramm zur Entsäuerung von bestimmten Papiersorten aus der Zeit von 1840 bis 1950.

Heute haben wir die technischen Methoden, diesem Papierzerfall zu wehren, haben aber aus Personalkostengründen bisher davor zurückgeschreckt, dies in großem Stil zu tun. Hier möchten wir als Land Nordrhein-Westfalen Ihnen gerne die Hand reichen und sie auch animieren, das Thema seitens der Kommunen und mit Hilfe der Landschaftsverbände verstärkt anzugehen.

Hierfür haben wir im letzten Jahr rund 1 Million € und in diesem Jahr 1,1 Millionen € zur Verfügung gestellt, wobei es im letzten Jahr vor allen Dingen um die erforderlichen Investitionen ging. Jetzt betrifft es die laufenden Kosten. Von der Arbeitsverwaltung kommen im Moment immerhin noch Kosten für 50 ALG-II-Empfänger hinzu, und wir wollen auch gerne gerade hier am Standort Brauweiler verstärkt mit Behinderten zusammenarbeiten.

Sie wissen wahrscheinlich aus den Beratungen in den Landschaftsversammlungen beziehungsweise in den Kulturausschüssen, dass wir inzwischen mit beiden Landschaftsverbänden zwei Oberzentren für dieses Projekt „Substanzerhalt im Papierbereich in Archivbeständen“ eingerichtet haben, zum einen in Münster und zum anderen hier in Brauweiler, und insgesamt zwölf Unterzentren im Rheinland und in Westfalen vorhalten, wo entsprechendes Gut gesichtet und von Metall- und anderen Bestand-

teilen befreit wird – auch kleinere Restaurierungsmaßnahmen werden vorgenommen –, um dann zentral der Entsäuerung zugeführt zu werden.

Ich will Sie jetzt nicht mit den Einzelheiten plagen. Wir haben dem Kulturausschuss des Landtages eine Vorlage übersandt. Ich habe eben darum gebeten, dass auch Ihnen dieser Bericht vorgelegt wird, soweit eine ausreichende Stückzahl vorhanden ist, da ich nichts langweiliger finde, als das, was schriftlich vorliegt, noch einmal mündlich vorzutragen.

Wichtig ist: Wir haben auch Restauratorinnen und Restauratoren für diese Aufgabe angestellt; insofern ist das Ganze auch schon eine kleine Jobmaschine. So haben wir allein für Personalkosten in diesem Jahr rund 480.000 € zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen 70.000 € für den jährlichen Materialverbrauch und 500.000 € Kostenübernahme bei der maschinellen Entsäuerung. Das sind etwa 70 % der Kosten. 30 % sind dann von den Archivträgern zu tragen.

Ich denke, das ist eine Lösung, die Sie alle animieren sollte, von diesem Programm in Ihren kommunalen Archiven Gebrauch zu machen.

Wir planen jedenfalls für diese Legislaturperiode die Fortführung bis 2010. Aus meiner Sicht wird mindestens noch eine weitere Legislaturperiode nötig sein, dieses Programm beizubehalten, und zwar mindestens in der Höhe von 1,1 Millionen €. Möglicherweise muss man die Mittel auch noch einmal steigern.

Meine Damen und Herren, der Säurefraß des Papiers ist nicht das einzige Problem in unseren Archiven. Wir wollen mit unserer Politik ganz bewusst auch Sie alle in den Kommunen animieren, sich etwas mehr den Beständen in unseren Museen, in unseren Archiven zu widmen – eine Arbeit, die in Vergessenheit geraten ist, weil sie keiner sieht. Und da sieht es nun wirklich arg aus.

Wir widmen uns in diesem Jahr der Entwicklung mehrerer Programme.

Im Bereich der Bibliotheken haben wir das gleiche Phänomen des Papierzerfalls, auch hier gehen wir das Thema an.

Wir haben es auch im Bereich der Film- und Videomedien mit unmittelbarem Zerfall zu tun, wo ebenfalls Kulturgut für immer vernichtet wird, wenn wir nicht darangehen, es zu digitalisieren, zu restaurieren oder andere Maßnahmen zu ergreifen. Unter Einbeziehung der Landschaftsverbände, der Medienzentren sind wir hier übrigens in einer Arbeitsgruppe beschäftigt, ein Programm für dieses und die nächsten Jahre zu entwickeln. Im Gespräch habe ich einmal das Signal gestellt, dass wir allein in diesem Jahr hierfür mindestens 150.000 € zur Verfügung stellen möchten.

Meine Damen und Herren, wir haben also einen erheblichen Bedarf in unseren Museen. Deshalb wollen wir in Kürze zu einem Workshop einladen, an dem wir auch die Landschaftsverbände beteiligen werden, um zu überlegen, wie wir dieses Mammutproblem, das in meinen Augen, wenn man

es genau nimmt, ein möglicherweise sogar hundertfaches Millionenproblem darstellt, gemeinsam angehen.

Auch hierfür wollen wir Mittel in erheblichem Umfang zur Verfügung stellen, um endlich diesen bisher von uns allen vernachlässigten Bereich anzugehen. Da gibt es keine Schuldzuweisungen, schon gar nicht unter den Parteien. Wir alle haben hier die Augen vor Dingen verschlossen, die meines Erachtens so nicht weitergehen dürfen und denen wir wehren müssen. Wir müssen das Thema angehen und können nicht vor lauter Größe des Problems die Augen verschließen und sagen, dass es uns nichts angeht, sondern wir müssen gemeinsam mit den Museen im Lande Prioritäten bilden und sagen, wo es am dringendsten ist, die Bilder und sonstigen Kunstwerke sowie andere Museumsbestände zu restaurieren.

Das geht auch wieder nur gemeinsam mit den Museumsträgern und damit vor allen Dingen mit den Kommunen und den Landschaftsverbänden. Deshalb laden wir zu einem Workshop ein.

Ich denke, es wird auch darauf ankommen, wie sich die einzelnen Kommunen selbst engagieren wollen; denn eine Hundertprozentförderung kommt für uns schon allein aus rechtlichen Gründen nicht in Betracht. Wir sehen das auch nicht ein; hier sind wir alle gefordert.

Lassen Sie mich sagen, dass es im Land auch Nottfälle gibt, wo sofort gehandelt werden muss. Ich war vor einigen Wochen in der Gaesdonck am Niederrhein, dem alten Klostersgymnasium, und habe mir dort, weil man mich vorher darauf aufmerksam gemacht hatte, die Bibliotheksbestände und die Archivbestände angesehen. Mir sind die Tränen gekommen, meine Damen und Herren!

Völlig ungesichert lag da in einem offenen Spind, der aussah wie in einer 30 bis 40 Jahre alten Schule, zusammengeknüllt eine Papsturkunde aus dem 13. Jahrhundert mit Originalsiegel und noch unversehrt. Bibliotheksbestände aus dem 15., 16. und 17. Jahrhundert, Inkunabeln, sind alle von Feuchtigkeitsschäden und teilweise auch von Granatsplittern etc. betroffen.

Als ich das gesehen habe, war mir klar: Hier muss sofort etwas geschehen! Vorgestern hat vor Ort eine Arbeitsgruppe getagt, um ein Programm zu entwickeln, wie man hier ganz kurzfristig mit den Mitteln vieler – hier kann das Land nur Vorreiter sein, also nicht der Alleinflanzier – etwas zur Sicherung dieses Kulturgutes veranlassen kann; denn das, was da stattfindet, ist ein öffentlicher Skandal. So etwas darf man dem Gymnasium als Privatschule auch nicht zum Vorwurf machen; es ist schlicht und ergreifend überfordert. Wir haben, meine Damen und Herren, viele Jahre lang darüber hinweggesehen und sind vor lauter Größe des Problems das Thema überhaupt nicht angegangen. Das ist etwas, was wir uns nicht leisten dürfen. Das muss beendet werden. Und dem dient dieses Landesprogramm.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

3 Kultur in Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens (Landtag) gibt folgendes Statement ab:

Meine Damen und Herren! Mit Blick auf das, was noch als nächster Tagesordnungspunkt kommt, nämlich die Vorstellung der Kulturarbeit der Landschaftsverbände als eigentlicher Schwerpunkt der heutigen Sitzung, will ich es an dieser Stelle kurz machen.

Ich würde in diesem Gremium Eulen nach Athen tragen, wenn ich Ihnen von der Schönheit und Dichte der Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen vorschwärme und erzählte, wessen Verdienst es sei und was man tun müsse, um dies auszubauen und zu erhalten. Dass da alle politischen Ebenen besondere Verantwortung haben, ist, denke ich, klar.

Dass wir in den nächsten Jahren besondere Ereignisse vor uns haben – ich nenne als Stichwort Kulturhauptstadt 2010 –, ist ebenso klar. Dass wir das alle gemeinsam fördern wollen, darüber gibt es wohl auch keinen Streit, ebenso nicht zwischen den politischen Ebenen, allenfalls über die Frage, wie hoch der jeweilige Anteil der Förderung sein sollte.

Wir alle haben unsere Aufgaben dort zu lösen, wo wir hingestellt sind, wo wir den politischen Auftrag haben, uns um die Kultur im Lande zu kümmern, uns um sie zu sorgen und sie zu fördern.

Es gibt viele Notwendigkeiten zum Agieren und zum Handeln. Vor allem gibt es auch die dringende Notwendigkeit zur Kooperation der verschiedenen Verantwortlichen. Die gemeinsame Sitzung der drei heute hier versammelten Gremien soll ja auch ein Zeichen dafür sein, dass wir gewillt sind, diese Kooperation weiterzuführen, so wie wir sie in der Vergangenheit gepflegt haben.

Ich weiß, dass es über die finanzielle Ausstattung von manchem Etatposten hier und da Klagen gegeben hat. Ich stehe auch gar nicht an zu sagen, dass ich sehr froh bin, dass die neue Landesregierung gerade den Kulturetat anhebt und sich verpflichtet hat, in den nächsten Jahren noch etwas draufzulegen. Das begrüßt der Kulturausschuss des Landtages einmütig. Daran gibt es keinerlei Kritik.

Ich will angesichts der Bedeutung der Kultur für das Leben der Menschen in unserem Lande Nordrhein-Westfalen, in allen Regionen, ob in Westfalen, im Rheinland oder in den Teilregionen, noch hinzufügen, dass ich sehr froh darüber bin, dass es wieder einen Kulturausschuss des Landtags gibt – nicht nur, weil ich ihm vorsitzen darf, sondern auch deshalb, weil ich glaube, dass es hier eine wichtige politische Aufgabe zu erfüllen gilt. Das kulturelle Angebot ist wie das Brot fürs Leben, das man braucht – also nicht allein den Arbeitsplatz und das tägliche Einkommen – und das den Menschen der unterschiedlichen Klassen und Schichten in unserem Lande gemacht werden muss. Es gehört ebenso zum Leben, zum Standort eines Menschen – nicht nur die Wirtschaft. Damit die Angebote ständig

aufrechterhalten und ausgebaut werden, ist es notwendig, im Landtag eine entsprechende politische Begleitung und Unterstützung zu organisieren und diese auch in Form eines entsprechenden Fachausschusses sichtbar zu machen.

Sie wissen vielleicht – oder auch nicht –, dass es zu Beginn der Legislaturperiode Überlegungen gegeben hat, den Kulturausschuss des Landtags in andere Ausschussbereiche einzugliedern. Das ist Gott sei Dank nicht so gekommen. Darüber sind wir, die wir dem Ausschuss angehören, sicherlich besonders froh.

Dass es im Lande keinen Kulturminister gibt, sondern einen Kulturministerpräsidenten und einen Kulturstaatssekretär, ist eine politische Entscheidung der Landesregierung, die unterschiedlich bewertet wird; das will ich nicht verschweigen.

Ich will aber auch deutlich sagen, dass wir als Kulturausschuss in Gänze mit Herrn Grosse-Brockhoff gut zusammenarbeiten und dass wir an einem Strick und in der Regel in eine Richtung ziehen, auch wenn wir uns an der einen oder anderen Stelle mit unterschiedlichen Auffassungen auseinandersetzen haben. Das soll hier nicht verschwiegen werden.

Meine Damen und Herren, wir sind hier, um mit Ihnen aus den Ausschüssen der beiden Landschaftsverbände vor allem über Fragen der Zusammenarbeit zu diskutieren, über das, was ist, was sein wird und was werden kann. Vielleicht berühren wir auch die Frage, wie es aus Sicht der beiden Landschaftsverbände weitergehen soll, wenn Verwaltungsreformüberlegungen, die es im Moment im Landtag und in der Landesregierung gibt, tatsächlich Wirklichkeit werden sollten. Jedenfalls ist das eine Frage, die ich persönlich habe, das will ich gleich an der Stelle sagen.

Jetzt bin ich sehr gespannt, was vonseiten der beiden Landschaftsverbände zum Thema Kulturpolitik und kulturelle Bemühungen und Anstrengungen vorgetragen werden wird. Wir sollten im Folgenden versuchen, die Felder der Zusammenarbeit zu definieren und zu schauen, wo wir künftig noch besser werden können, als wir es heute schon sind. – Herzlichen Dank.

Sodann gibt **Vorsitzender Dieter Gebhard (LWL)** folgendes Statement ab:

Meine Damen und Herren! Herr Behrens, Herr Prof. Patt, Herr Staatssekretär Grosse-Brockhoff! Die Landschaftsverbände verstehen sich zusammen mit der Arbeit, die vor Ort geleistet wird, als Hüter des regionalen Erbes. Sie bewahren und vermitteln die Geschichte unseres Landes. In keinem anderen unserer Aufgabenbereiche der Landschaftsverbände wird der spezifisch-regionale Charakter unserer Arbeit so deutlich wie in der Kulturpolitik. Das Spektrum ist hier sehr weit gestreckt, wie wir gleich in den Vorträgen der Kulturdezernenten ausführlicher hören werden.

Es reicht von der Sammlungstätigkeit unserer Landesmuseen über die Bau- und Bodendenkmalpflege bis hin zum Aufbau eines digitalen Kulturlandschaftskatasters, von der Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen über die Beratung durch unsere Museumsämter bis hin zum Substanzerhalt unseres Archivgutes und zur Digitalisierung landschaftlich bedeutsamer Urkunden.

Dieser Ansatz der Kulturarbeit der Landschaftsverbände bringt Zweierlei mit sich:

Erstens. Selbstverständlich haben wir auch Freude an besucherstarken Ausstellungen und Events. Wichtiger aber, weil als nachhaltig angelegt, sind uns Projekte, die Kulturgut und geschichtliches Wissen auch für künftige Generationen sichern. Deswegen halten wir mit hohem Finanzaufwand Landesmuseen vor, die das kulturelle Erbe Westfalens und des Rheinlands durch Dokumentation, Verwahrung in Depots und Konservierung sichern. Deswegen engagieren wir uns auch vor Ort, gerade auch im ländlichen Raum oder in finanzschwachen Kommunen.

Dass dieser nachhaltige Ansatz in der Kulturarbeit hochaktuell ist, belegt auch das Motto des diesjährigen Internationalen Museumstages „Museen und universelles Erbe“, der in diesem Jahr am 20. Mai 2007 zum 30. Male weltweit gefeiert wird.

Zweitens. Der von uns verfolgte Ansatz in der Kulturarbeit nimmt – ob es unsere Landesmuseen, die Forschungsprojekte, Archive, Publikationen oder Ausstellungen sind – bereits seit vielen Jahrzehnten ganz Westfalen – jetzt sei mir gestattet auch Lippe zu erwähnen, weil Sie von Westfalen sprachen, Herr Dr. Behrens – beziehungsweise den gesamten rheinischen Landesteil in den Blick, was sicherlich Herr Prof. Patt aus seiner Sicht gleich darstellen wird.

Genau hier setzen die beim LWL über alle Parteigrenzen hinweg vorhandenen Bedenken gegen die Planungen der Landesregierung zur Dreiteilung des Landes ein. Herr Dr. Behrens fragte gerade, was möglicherweise später sein wird. Darauf möchte ich gern eingehen.

Nach unserer Auffassung würde man etwa in Westfalen-Lippe, wenn das westfälische Ruhrgebiet abgespaltet würde, gewachsene Strukturen zerschlagen, Sammlungs-, Forschungs- sowie Interpretationszusammenhänge missachten. Ich möchte das gerne an einem Beispiel verdeutlichen, nämlich an der westfälischen Bodendenkmalpflege des LWL.

Der LWL gräbt seit fast 100 Jahren in ganz Westfalen-Lippe. All unsere Sammlungen, Publikationen und nicht zuletzt unser Archäologiemuseum in Herne nehmen den gesamten Landesteil als Referenzgröße. Wer einen eigenen Regionalverband für das Ruhrgebiet mit den Zuständigkeiten der bisherigen Landschaftsverbände will, dem muss bewusst sein, dass dann etwa 70 % der ausgestellten Fundstücke aus dem LWL-Museum für Ar-

chäologie entnommen werden müssten, da sie außerhalb des Ruhrgebiets ergraben worden sind.

Unseres Erachtens wäre es kulturpolitisch nicht hinnehmbar, die in vielen Jahrzehnten gewachsenen Sammlungsbestände unserer Landesmuseen aufzulösen und bei einer Abtrennung des westfälischen Ruhrgebietes nach dem neuen regionalen Zuschnitt neu zu sortieren.

Ein Zweites! Dass eine Dreiteilung des Landes bezogen auf die Aufgaben der Landschaftsverbände teurer würde, lässt sich auch an der Kultur sehr einfach verdeutlichen: In allen anderen Bundesländern ist die Trägerschaft von Landesmuseen, Landesmedienzentren, der Bau- und Bodendenkmalpflege sowie die Beratung und Förderung der Museen und Archive staatliche Angelegenheit.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat nach dem Krieg bewusst einen kommunalfreundlichen Weg gewählt. Träger der Kulturarbeit im Lande sind in erster Linie die Kommunen. Konsequenterweise hat man darum die Kulturaufgaben, die einen gebündelten Fachverband erfordern oder aber für einzelne Kommunen schlicht zu teuer sind, auf die zwei kommunal verfassten Landschaftsverbände übertragen.

Man stellt sich dann die Frage: Wird es künftig drei Ämter für Bau- und Bodendenkmalpflege geben, drei Landesmedienzentren, drei Museumsämter, drei Archivämter? Das kann niemand ernsthaft wollen. Die Zentralisierung solcher Aufgaben dagegen käme einer Verstaatlichung gleich. Hier sehe ich beim Land augenblicklich niemanden, der bereit wäre, die damit einhergehenden Personal- und Finanzlasten zu übernehmen.

Die Dreiteilung des Landes – das sage ich bewusst als Ruhrgebietspolitiker – würde die 150 Jahre Montangeschichte zum alleinigen Maßstab für eine regionale Gliederung nehmen, ohne Rücksicht auf wesentlich ältere kulturgeschichtliche Entwicklungen und ohne Rücksicht darauf, dass sich viele Ruhrgebietsstädte schon lange auch als westfälische Städte verstehen.

Abgesehen von der Gründung Westfalens als preußische Provinz im Jahre 1815 lässt sich eine landsmannschaftliche Zweiteilung unseres Bundeslandes zwar nicht bis zur Varus-Schlacht um 9 nach Christus, wohl aber bis ins tiefe Mittelalter zurückverfolgen. Ein Beitrag des LWL zum Kulturhauptstadtjahr 2010 wird sich damit intensiv auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, im Sport heißt es häufig: Never change a winning Team – jedenfalls nicht ohne Not. Ich bin der festen Überzeugung, dass unser Bundesland auch im nationalen Vergleich mit der Aufgabenteilung zwischen Land, Kommunen, Landschaftsverbänden bislang gut gefahren ist.

In vielen unserer Kulturaufgaben sind die Landschaftsverbände auch im nationalen Vergleich Spitze. Die Denkmalämter der Landschaftsverbände

haben deutschlandweit Pionierfunktion bei der technischen Kulturdenkmalpflege gehabt. Unsere Industriemuseen wurden bereits zehn Jahre vor der internationalen Bauausstellung Emscherpark gegründet, durch die dann der Begriff Industriekultur in aller Munde war. Wir setzen bundesweit Maßstäbe beispielsweise auch bei der Betreuung der Kommunal- und Arbeitsarchive, bei der Erschließung historischer Gärten oder aktuell beim Aufbau eines digitalen Kulturlandschaftskatasters.

Dieses und vieles mehr wäre gefährdet, wenn man ohne Not und ohne erkennbaren Nutzen für den Haushalt des Landes unsere bewährten Strukturen zerschlagen würde. Ich bitte insbesondere die Damen und Herren Landtagsabgeordneten, dies zu bedenken, wenn sie gleich mehr darüber erfahren, wie die Landschaftsverbände helfen, das kulturelle Erbe unseres Landes zu bewahren.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Allgemeiner Beifall)

Vorsitzender Prof. Dieter Patt (LVR) gibt folgendes Statement als abgestimmte Grundposition der beiden Landschaftsverbände ab:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landschaftsverbände sind seit über fünf Jahrzehnten fester Bestandteil und verlässlicher Partner der in der Verfassung unseres Landes garantierten kommunalen Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

Ich habe das schon am Anfang gesagt, um gleich auf die Frage von Dr. Behrens einzugehen. Wir möchten unter Hinweis auf die erfolgreiche Arbeit, die die Landschaftsverbände und unser Landschaftsverband hier geleistet haben, diese Arbeit im Interesse der Menschen, der Einrichtungen sowie unserer Städte und Kreise weiterführen.

Dabei erfüllt der Landschaftsverband Rheinland für die 9,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger im Rheinland unverzichtbare Aufgaben, nicht nur im Bereich von Gesundheit und Sozialem oder in der Behinderten- und Jugendhilfe, sondern auch vor allem für die Kultur in dieser vitalen Region im Herzen Europas.

Als eine der traditionsreichsten europäischen Kulturregionen bietet unser Rheinland eine fast unendliche kulturelle Vielfalt. Diese Vielfalt zu bewahren, zu erforschen und den Menschen zugänglich zu machen, das ist unser Auftrag, den wir mit allem Engagement, mit umfassender Kompetenz und vor allem von ganzem Herzen wahrnehmen.

Frau Karabaic und Herr Prof. Teppe werden Ihnen die Aufgaben, die Einrichtungen und die Leistungen der Kulturarbeit der beiden Landschaftsverbände gleich noch ausführlich vorstellen. Lassen Sie mich daher die Akzente für den Landschaftsverband Rheinland nur kurz skizzieren.

Die Museen des Landschaftsverbandes Rheinland ermöglichen eine Zeitreise vom Neandertaler, einem der berühmtesten Rheinländer, wie Sie wissen, über die römische Zeit bis hin zum Industriezeitalter und seinen noch so prägenden Auswirkungen.

Denkmal- und Bodendenkmalpflege, das Rheinische Archiv- und Museumsamt, das Amt für Rheinische Landeskunde und das Medienzentrum Rheinland tragen dazu bei, rheinische Geschichte, Kultur und Identität zu bewahren und zu tradieren.

Ob nun Jakobspilgerweg oder Industriekultur – das thematische Spektrum lässt sich in der Kürze der heute zur Verfügung stehenden Zeit gar nicht ausformulieren.

Dabei fördert der Landschaftsverband Rheinland nicht nur seine eigenen Einrichtungen, sondern wir unterstützen ganz gezielt auch die kulturellen Aktivitäten hier im Rheinland: regionale Kulturförderung, Museums- und Archivförderung. Zahlreiche Stiftungsbeteiligungen zeugen von unserem Willen, die rheinische Kulturlandschaft attraktiv und abwechslungsreich zu gestalten. Zeche Zollverein, Neandertalmuseum in Mettmann, Beethovenhaus Bonn, Schloss Dyk oder das Wilhelm Lehmbruck Museum in Duisburg sind nur einige Beispiele dieses Engagements.

Auch große Ausstellungen gehören dazu wie die Roots-Ausstellung in Bonn oder das Max-Ernst-Museum in Brühl.

Doch wir geben nicht nur Rat und Unterstützung, wir suchen sie auch. In zahlreichen regionalen, nationalen wie europäischen Netzwerken ist der Landschaftsverband Rheinland fest verankert. An erster und wichtigster Stelle ist dabei unser westfälischer Partner in Münster zu nennen. Die aktuellen gemeinsamen Projekte werden Ihnen gleich vorgestellt.

Aber auch auf europäischer Ebene ist der Landschaftsverband bei zahlreichen Projekten wie der European Route of Industrial Heritage oder dem europäischen Gartennetzwerk wichtiger Impulsgeber, Beteiligter und Ankerpunkt.

Dazu zählen Kontakte zu europäischen Regionen wie zum Beispiel Alentejo und Lousal in Portugal mit dem dortigen großen Industriemuseum, Katalonien in Spanien, aber auch Burgund sowie Limburg und die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien. Die regelmäßige Zusammenarbeit beruht dabei auf formalisierten Vereinbarungen, und es geht um praktische Vernetzung und Austausch. Damit tragen wir dazu bei, den Blick von uns aus auch über die Grenzen des Rheinlandes hinaus zu schärfen.

Dabei haben wir Rheinländer eine Eigenschaft, die wenig bekannt ist. Das ist unsere Bescheidenheit.

(Heiterkeit)

Und deshalb zeigen wir in unserem Museum in Kommern auch die Beiträge aus dem Rheinland zum Aufbau der Vereinigten Staaten. Dabei haben

Rheinländer wichtige Beiträge geleistet und Spuren hinterlassen. Wir nennen das „Schöne Neue Welt“ und erinnern daran, dass Rheinländer daran beteiligt waren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner Beifall)

4 Vorstellung der Kulturarbeit der Landschaftsverbände

Sodann hält **Landesrätin Milena Karabaic (LVR)** folgenden powerpoint-gestützten Vortrag:

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich darf Sie herzlich in der Abtei Brauweiler willkommen heißen. Ich begrüße ganz besonders die Herren Vorsitzenden, den Herrn Staatssekretär, den Landschaftsdirektor vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Dr. Kirsch, und auch unseren Landesdirektor Herrn Molsberger.

Im Lichte der kurzen Statements, die wir gerade zur Kulturarbeit der beiden Landschaftsverbände gehört haben, haben wir zu diesem Tagesordnungspunkt eine Präsentation der Kulturarbeit der Landschaftsverbände vorbereitet.

Dabei reicht dieser Spannungsbogen von der Vorstellung unserer Einrichtungen und ihrer Aufgaben über unsere Produkte bis hin zu gemeinsamen Projekten. Und dann landen wir am Schluss punktgenau beim Thema der heutigen Sitzung, nämlich bei der Substanzerhaltungsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wir werden bei dieser 20-minütigen Präsentation arbeitsteilig zuwerke gehen. Ich darf erst einmal beginnen und werde dann an Herrn Prof. Teppe übergeben, der die zweite Halbzeit der Präsentation übernehmen wird.

Im Anschluss daran haben wir zwei vertiefende Beiträge zu dem Bereich Gebäude- und Bodendenkmalpflege vorgesehen. Dazu darf ich Frau Dr. Isenberg vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe herzlich willkommen heißen. Und Herr Prof. Mainzer wird einen kurzen Bericht zur Lage der Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen geben.

(Es folgt der erste Teil der Präsentation bis einschließlich Folie 10; sie ist der Anlage zu Tagesordnungspunkt 4 zu entnehmen.)

Landesrat Prof. Dr. Karl Teppe (LWL) führt sodann aus:

Meine Herren Vorsitzenden! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Landesdirektoren! Meine Damen und Herren!

Sie erleben heute eine Premiere. Nicht, dass diese Ausschüsse gemeinsam tagen, sondern dass sich die jeweiligen Kulturdezernenten, Kulturdezernentin und Kulturdezernent, ihre Aufgabenfelder gegenseitig anvertrauen und darüber berichten. Wir verstehen uns prima und waren der Meinung, das könnten wir tun. Wir können zwar zusammen singen, aber nicht zusammen sprechen, und deswegen haben wir das nacheinander geschaltet.

In der Tat geht es jetzt nahtlos über. Es ist eine geballte Information, die Sie von uns bekommen, es sind aber Details, die Ihnen von der Struktur her eigentlich nicht ganz neu sind.

Es fällt auf, dass bei dem, über das wir gemeinsam berichten, parallele Strukturen augenfällig sind, aber dass wir es – wie könnte es zwischen Rheinland und Westfalen-Lippe anders sein? – mit spezifischen Ausprägungen oder mit Eigenarten, landsmannschaftlichen Besonderheiten, wie man früher sagte, zu tun haben. Und das ist ja sozusagen auch das Salz in der Suppe.

(Der Redner setzt sodann die Präsentation mit Folie 11 fort – siehe Anlage zu TOP 4.)

(Allgemeiner Beifall)

Prof. Dr. Udo Mainzer (LVR) berichtet anschließend über den Aufgabenbereich Baudenkmalpflege.

Sehr geehrte Herren Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, nun zum Thema Bau- und Kunstdenkmalpflege sprechen zu dürfen, ist dieses doch ein seit Jahrtausenden vitales gesellschaftliches Anliegen, dessen Ausübung in besonderer Weise vom vitalen Elixier einer Lautverschiebung lebt, nämlich von „Lust“ zu „Last“. Ein Phänomen, das schon Goethe, den man ja heute wieder zitieren darf, erkannt hatte.

„Manches Herrliche der Welt ist in Krieg und Streit zerronnen.
Wer beschützt und erhält, hat das schönste Los gewonnen.“

Dass dies heute noch gilt, ist der Tatsache zu verdanken, dass nach eingehenden und von großer Verantwortung für das historische Bauerbe unseres Landes getragenen Debatten der Landtag von Nordrhein-Westfalen im Jahre 1980 das Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen beschlossen hat.

Es trat als letztes Denkmalschutzgesetz in den alten Bundesländern in Kraft und erwies sich schon bald als ein modernes, zukunftsweisendes Rechtsinstrument, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass sich nachfolgende oder novellierte Denkmalschutzgesetze anderer Bundesländer an ihm orientieren.

Vor allem mit der Inpflichtnahme aller Kommunen als Untere Denkmalbehörden gelang dem Gesetzgeber ein klug austariertes System der Verantwortlichkeiten innerhalb des dreistufigen Ausbaus der Denkmalbehörden in ihrem Verhältnis zu den fachlich weisungsungebundenen Denkmalpflegeämtern der Landschaftsverbände.

Diese bringen mit ihrem inzwischen weit über 100-jährigen Bestehen ein immenses Kapital an Erfahrung und Wissen ein, bündeln es und schrei-

ben es für die Zukunft fort. In dieser Funktion werden sie von den Denkmalbehörden respektiert und gefordert.

Folgerichtig werden den Landschaftsverbänden die Funktion einer Beratungsinstanz und das fachliche Mitwirkungsrecht bei den Entscheidungen der Denkmalbehörden zugesprochen, insbesondere werden ihren Denkmalpflegeeltern folgende Aufgaben zugewiesen:

- die fachliche Beratung und Erstattung von Gutachten in allen Angelegenheiten des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege
- die wissenschaftliche Untersuchung und Erforschung der Denkmäler sowie deren Veröffentlichung und die wissenschaftliche Behandlung der Fragen von Methodik und Praxis der Denkmalpflege
- die Konservierung und Restaurierung von Denkmälern sowie die fachliche Überwachung der Maßnahmen, was bedeutet, dass Werkstätten vorgehalten werden müssen
- Wahrnehmung der Interessen der Denkmalpflege bei Planungen und sonstigen Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände oder anderer öffentlicher Stellen als Träger öffentlicher Belange
- Beratung bei der Vorbereitung von Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen

Meine Damen, meine Herren, anlässlich des 20-jährigen Gültigseins des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes bestätigte der Landtag NRW dessen „erfolgreiche Bilanz in der Praxis“ und hält als Gründe für seine „wegweisende Qualität“ namentlich fest:

- die Zuständigkeit der Gemeinden für den Vollzug des Denkmalschutzgesetzes
- der weit gefasste Denkmalbegriff
- die besondere Berücksichtigung der Arbeitswelt
- die besondere Rücksicht auf städtebauliche Bezüge
- das konstitutive Eintragungsverfahren, das im Gegensatz zum sogenannten nachrichtlichen Eintragungsverfahren allen Beteiligten ein höheres Maß an Rechtssicherheit gewährt

Gleichzeitig wurde im Landtag abermals herausgestellt, wie sehr die Übertragung der Verantwortung auf das zuständige Ressortministerium einerseits, die Oberen und Unteren Denkmalbehörden sowie die Denkmalpflegeämter der Landschaftsverbände andererseits, also zwischen staatlichen und kommunalen Zuständigkeiten, ein ausgewogenes System geschaffen hat, das ganz entscheidend zur Minimierung von Konfliktpotenzial und zur Kompromissfindung beiträgt.

Das mag auch erklären, weshalb die Herbeiführung einer Ministerentscheidung durch die Landschaftsverbände sich in den vergangenen Jahrzehnten im Promillebereich bewegte.

Nachdem vonseiten der Politiker unserem Denkmalschutz bis heute regelmäßig ein positives Testat ausgestellt worden ist, dürfte sich gegenwärtig die Frage nach einer grundsätzlichen Modifizierung des Gesetzes eigentlich erübrigen.

Dieses bestätigt auch die vom damals zuständigen Minister Dr. Michael Vesper als geschickt bezeichnete Reaktion auf die von zwei promovierten Theologen, sprich von Antje Vollmer und Dieter Hoffmann-Axthelm, provozierte Attacke zur Entstaatlichung der Denkmalpflege, nämlich die im Jahre 2001 einberufene Denkmalkommission.

Sie kommt in ihrem 2001 vorgelegten Bericht ebenfalls zu dem Ergebnis, dass das Denkmalrecht in Nordrhein-Westfalen gut ist, auch weil es – ich zitiere –

„ein wirksames, modernes und zeitgerechtes Instrument zur Gewährleistung eines geordneten fachlich fundierten und berechnete Belange berücksichtigenden Verfahrens sei“.

Wie weitsichtig die geistigen Urheber des nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetzes, die ja im Landtag zu verorten sind, waren, offenbarte sich unmittelbar nach dessen Inkrafttreten durch die Zuordnung von Denkmalschutz und Denkmalpflege zum unter anderem für Stadtentwicklung zuständigen Ministerium.

Durch die synergetische Vernetzung der Stadterneuerung mit Denkmalschutz und Denkmalpflege wurde deren politischer und administrativer Stellenwert gefestigt. Sie etablierten sich fortan als ein essenzieller Bestandteil der Stadtentwicklung.

Ebenfalls die 2001 von der Landesregierung für zehn Jahre konzipierte Aktion „Stadtbaukultur“ weist der Denkmalpflege eine wichtige Funktion zu. Neben innovativem Bauen und der angemessenen Freiraumgestaltung ist die Bewahrung des historischen Bauerbes die dritte Säule dieser zukunftsweisenden Initiative.

Beide Landschaftsverbände bringen sich darin konstruktiv ein, indem sie zusammen unter anderem mit kommunalen Spitzenverbänden und Kammern Veranstaltungsreihen durchführen oder Publikationen erarbeiten, die den Stellenwert der Denkmäler als konstituierende Elemente der Baukultur und der Denkmalpflege als praktizierende Baukultur darstellen.

In einem Antrag im Landtag zur Baukultur in Nordrhein-Westfalen wurde 2004 folgerichtig festgestellt – ich darf zitieren –:

„Dem Denkmalschutz kommt bei dem Bemühen, die Stadt als eine Struktur zu gestalten, die aus dem Leben stammt, die das Leben hält und fördert, die mit dem Leben wächst, eine wichtige Rolle zu.“

So wie in den 1970er-Jahren die Zeugnisse der Technik- und Industriegeschichte als eine fachliche und gesellschaftliche Herausforderung die Denkmalpflegeämter der Landschaftsverbände zum Handeln veranlassten – es ist schon darauf hingewiesen worden – und bei ihnen zur Einrichtung spezieller Referate führten, reagierten die Landschaftsverbände in den 1990er-Jahren mit der Schaffung von Sonderreferaten für Gartendenkmalpflege in ihren Denkmalpflegeämtern ebenfalls auf die Bedürfnisse innerhalb der Gesellschaft zur Erfassung, Erforschung und Erhaltung von historischen Parks und Gärten. Mit diesen Kompetenzzentren haben die Landschaftsverbände die viel gerühmte Renaissance der Gartenkunst in Nordrhein-Westfalen ganz wesentlich vorbereitet und begleitet.

Die im Denkmalschutzgesetz genannte Formulierung „von Menschen gestaltete Landschaftsteile“ überträgt den Denkmalpflegeämtern der Landschaftsverbände außerdem eine besondere Zuständigkeit bei der Bewahrung historischer Kulturlandschaften – eine Aufgabe, die sie zumeist in Kooperation mit anderen Institutionen wahrnehmen.

Mit der Internationalen Bauausstellung Emscherpark, IBA, 1989 bis 1999, ist der Beweis erbracht worden, in welchem Umfang großflächige Denkmäler der Industriegeschichte Umstrukturierungsprozesse befördern und inhaltlich beleben können.

Ebenso wichtig für das kulturelle Selbstverständnis unseres Landes war schließlich die flächendeckende Erfassung und wissenschaftliche Aufbereitung des jüdischen Erbes – das liegt fünfbändig, opulent und fundiert vor.

Meine Damen, meine Herren, schon seit einiger Zeit haben die Mechanismen der Globalisierung zu einer starken Ökonomisierung der Gesellschaft geführt und einen großen Konkurrenzdruck unter den Kommunen ausgelöst, die im Rahmen von Public Private Partnership das Schicksal ihrer Stadtleiber gerne Investoren überantworten. Bei diesen Vorgängen muss die Denkmalpflege rechtzeitig als Partner auf gleicher Augenhöhe beteiligt werden, sonst wird sie als vermeintlicher Verhinderer ins Abseits gedrängt.

Vorrangige Renditeüberlegungen bedeuten eine stete Gefahr für Denkmäler und historische Quartiere. Wenn nämlich Entscheidungen für oder gegen Denkmäler nicht mehr als kultureller und gesellschaftlicher Auftrag begriffen werden, sondern nur noch den ökonomischen Nutzen vor Augen haben, dann droht den Denkmälern der Absturz in die Beliebigkeit.

Gleichzeitig führen jene Umwälzungen als Gegenreaktion allerdings auch zu einem bewussteren Aufleben sowie einer auf Nachhaltigkeit abzielenden Pflege der regionalen Kultur, die insbesondere in ihrem vielfältigen Denkmälerbestand evident ist.

Die Durchführung der von der Landesregierung initiierten Regionalen ist eine Antwort auf solche Entwicklungen, an der die Denkmalpflegeämter der Landschaftsverbände erheblich beteiligt sind.

Der vielfältige Denkmälerbestand in Nordrhein-Westfalen trägt wesentlich zur kulturellen Identität und zur Standortqualifizierung unseres Landes bei und vermag so das oft beschworene Wir-Gefühl zu stärken. In Zahlen lässt sich dies wie folgt ausdrücken: fast 80.000 unter Schutz gestellte Baudenkmäler – 50.000 im Rheinland, 30.000 in Westfalen-Lippe –, etwa 200 Denkmalbereiche als kommunale Satzung, davon 140 im Rheinland, 60 in Westfalen-Lippe.

Natürlich hat es trotz des Gesetzes mitunter Rückschläge und Niederlagen auf Kosten der Denkmäler gegeben. Nicht immer konnten Abbrüche, fatale Eingriffe, Umnutzungen und lächerlich machende Entstellungen historischer Substanz verhindert werden. Das betraf vor allem Denkmäler der jüngeren Baugeschichte.

Erinnert sei exemplarisch an die Auslöschung des Plenarsaals des Deutschen Bundestages, des Petersberghotels oder an die Abbrüche des Kühlturms in Hamm-Uentrop, der Stadtbibliothek in Dortmund und kürzlich noch der Mercator-Halle in Duisberg.

Zunehmende Leerstände im profanen wie im sakralen Bereich fordern in jüngster Zeit die Denkmalpflege vermehrt dazu auf, fantasievolle, vielleicht auch unkonventionelle Erhaltungs- und Nutzungsstrategien zu entwickeln.

Wie kaum jemals zuvor ist sie heute darauf angewiesen, mit offiziellen Institutionen ebenso wie mit bürgerschaftlichem Ehrenamt strategische Partnerschaften aufzubauen, um erfolgreich zu sein.

Zudem ist der Ertrag denkmalpflegerischen Wirkens wesentlich von einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit abhängig. Dazu dienen auch die profunden und zugleich nutzerorientierten Publikationsreihen der beiden Denkmalpflegeämter der Landschaftsverbände, deren Aufgabenerfüllung als Dienstleister neben anderem durch internetfähige Datenbanken, KLARA in Westfalen-Lippe und BODION – im Aufbau – bei uns im Rheinland, unterstützt wird.

Meine Damen, meine Herren, Denkmalpflege ist ein wichtiger Teil der unverzichtbaren gesellschaftlichen Erinnerungskultur, sozusagen die Kompensation der permanenten Erneuerungskultur. Gleichzeitig muss jede ernst zu nehmende Denkmalpflege weniger zurück- als vielmehr nach vorne schauen, tritt sie doch stets mit der Absicht an, die Denkmäler nicht allein für die Gegenwart, sondern darüber hinaus vor allem für die nachfolgenden Generationen erhalten zu sollen.

Wohlverstandene Denkmalpflege ist deshalb immer zukunftsorientiert und dient somit der Daseinsvorsorge. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der Gesellschaft. Als Prinzip vernünftigen Handelns

trägt sie seit jeher zur heute mehr denn je geforderten Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung bei. Denkmalpflege ist übrigens eines der ältesten Prinzipien von Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung.

Vernünftiges Handeln muss im Übrigen bei Denkmälern blinden DIN-Vorschriften-Gehorsam und gedankenloses Anwenden von Neubaustandards ausschließen, damit kritiklose Regelumsetzungen nicht regelmäßig zur Vernichtung von Denkmälern führen.

Die Baukunst, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt von alters her als die Mutter aller Künste. Daraus darf der Schluss gezogen werden, dass die Bau- und Kunstdenkmalpflege die Mutter aller Bestandserhaltung und aller Bewahrung von Kunst und Kulturgut ist.

Sehr geehrte Herren Vorsitzenden, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, indem ich noch einmal Goethe mit seinem eingangs zitierten Zitat Ihnen zuzwinkern lasse, darf ich mich ganz herzlich für Ihr freundliches Zuhören bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Dr. Gabriele Isenberg (LVR) folgt mit einem Beitrag zum Aufgabenbereich Bodendenkmalpflege:

Meine Herren Vorsitzenden! Meine Damen und Herren! Ich bin die letzte in der Reihe, und es ist fast alles gesagt worden – nur nicht von mir, um Karl Valentin zu zitieren. Ich habe mir das fast gedacht und mich deshalb auf ein Thema konzentriert, das grundsätzlicher Art ist, nämlich noch einmal das Thema „Sichern und Bewahren“ aus der Blickrichtung der Bodendenkmalpflege und der Frage der Selektion in diesem Bestand. Die Akzeptanz dieses Themas beziehungsweise des Selektierens oder Nichtselektierens von Material ist nicht so weit verbreitet, wie man es sich vorstellen könnte.

Es ist in jedem Jahr dasselbe frustrierende Erlebnis bei der Zusammenkunft des Rheinischen und des Westfälischen Amtes für Bodendenkmalpflege zur Vorbereitung der alle fünf Jahre stattfindenden archäologischen Landesausstellung, bei der ausstellungswerte Funde aus jüngsten archäologischen Untersuchungen beider Landesteile genannt werden: Das Rheinland präsentiert stets attraktive römische Skulpturen, Glas- und Metallobjekte. Die Westfalen kommen mit Bleiresten, Eichel in Holzkästen und zerbrochenen Salzriegeln daher.

Einem Außenstehenden mag das so erscheinen wie Kunst gegen Schrott, mit dem die armen Verwandten aus dem Osten den verzweifelten Versuch unternehmen,

(Heiterkeit)

sich in der Welt der Altertümer Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Bislang fand das westfälische Material aber immer noch seinen Weg in die Vitrine. Eines dokumentieren die „armseligen“ Fundobjekte den Besuchern auf den ersten Blick: Archäologen sind ganz augenscheinlich keine Schatzgräber. Darüber hinaus könnten sie auch noch eine Botschaft an die Metallsondengänger richten, nämlich die, dass Westfalen kein Eldorado für ihre Zunft ist.

So nützlich diese Botschaft auch sein dürfte, es kann nicht alles sein, was zum Einzug in die Vitrine berechtigt. Dazu einige grundsätzliche Bemerkungen:

Jedes Objekt, das aus dem Boden geborgen wird, gibt ungeachtet seiner optischen Attraktivität oder seiner Fähigkeit, sich, wie etwa ein Gemälde, auch selbst mitzuteilen, nur im Zusammenhang mit dem Kontext, aus dem es kommt, Informationen preis, die Zeugniswert für die Geschichte eines Landes, einer Region oder eines Ortes besitzen.

Darin liegt die Bedeutung eines jeden auf dem Wege der Archäologie entdeckten Objekts, ganz gleich, ob es sich um das Fragment einer Skulptur oder um einen Bleirest handelt. Das heißt, unter unseren Füßen befindet sich ein bedeutendes und vergleichbar reiches Geschichtsarchiv.

Das Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – darüber hat Herr Mainzer schon gesprochen – bietet gerade aufgrund seiner gemeindlichen Struktur die Grundlage für einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit diesem Archiv. Dabei gleicht das unterirdische Archiv, was seine Überlieferungssituation betrifft, durchaus den traditionellen Schriftarchiven und Magazinen der Landesmuseen.

Zufällige und bewusst gesteuerte Auswahl bestimmen den Bestand und dessen Dauer. Beim unterirdischen Archiv geht die zufällige Selektion auf die Rechnung jüngerer Generationen, die die Hinterlassenschaft der Vorgänger durch Bodeneingriffe zerstörten oder bis zur Unlesbarkeit dezimierten.

Die intellektuelle Selektion findet überwiegend in der Phase der Entdeckung eines archäologischen Denkmals statt, wenn angesichts knapper Mittel und Personalressourcen entschieden werden muss, ob überhaupt, und wenn ja, was ausgegraben wird und überdies in welcher Form und in welchem Umfang untersucht wird.

Für diese Entscheidung bedarf es der Prospektion und Inventarisierung der archäologischen Denkmäler, um aus dem Gesamtzusammenhang den jeweils aktuellen Fall bewerten zu können. Denn bei den meisten archäologischen Denkmälern handelt es sich um unsichtbare Wesen, die nur auf indirektem Wege zu erkunden sind. Und es ist bei uns sicherlich eine Schwachstelle, die Prospektion schon systematisch vorangetrieben zu haben, um diese Bewertungsgrundlage zu bekommen.

Warum aber denn überhaupt dieses ganze Theater? Würde es nicht einfach ausreichen, für die einzelnen Epochen nach zufälligem Prospektionsbefund gut erhaltene Denkmäler zu schützen oder, wenn erforderlich, nach allen Regeln der Kunst umfassend auszugraben und den Rest einfach über die Wupper gehen zu lassen?

Offenbar in Unkenntnis des eigentlichen Ziels der Arbeit, Landesgeschichte zu erforschen, bekommt die archäologische Denkmalpflege in der Tat regelmäßig zu hören, sie hätte doch bereits genug Siedlungen oder Gräberfelder etwa der Eisenzeit ausgegraben, sodass auf den aktuellen Fall verzichtet werden könnte.

Sie müssen einmal westfälische Bürgermeister hören, wenn wir angerückt kommen, um ein Neubaugebiet vor Baubeginn zu untersuchen. Diese Argumentation wird durch die Bank benutzt.

Dann wird natürlich zumindest in Westfalen mit Blick auf das Fundmaterial nachgeschoben, dass das, was archäologische Denkmalpflege ans Tageslicht fördere, ja auch den Kohl nicht fett mache. Die unansehnlichen Funde hätten ja meist kaum eine Chance, ihren Weg ins Museum zu finden, sondern füllten nur die Magazine, deren Platz auch endlich sei.

Dass die archäologische Denkmalpflege kein Antiquariat verwaltet, in dem beliebig eintrudelnde Schätze bewahrt werden, sondern für die Erforschung der Landesgeschichte unverzichtbare Arbeit leistet, mag besonders deutlich bei den Epochen zutage treten, in denen gleich mehrere Überlieferungszweige das historische Bild formen. Als Beispiel dafür sei das Mittelalter genannt, dessen Geschichte seit 150 Jahren vor allem durch die systematische Erforschung der Schriftquellen dieser Epoche, auch wenn es noch so zerknüllte Urkunden in irgendwelchen Schränken sind, bestimmt wird.

Aber die Ergebnisse zahlreicher Ausgrabungen – mittelalterliche Untersuchungen machen heute bis zu 50 % der Arbeit der archäologischen Denkmalpflege aus – sprechen eine andere Sprache. Denn zunehmend gelang es ihr, zum überlieferten Bild von Stadtentwicklungsprozessen im unterirdischen Archiv Widersprüche zu entdecken, die zum Teil radikale Korrekturen verlangten und gleichzeitig völlig neue Fragen an die Partner stellen ließen.

In Westfalen ist die archäologische Denkmalpflege in den letzten Jahren dabei, traditionelle Stadtgeschichten fast reihenweise umzustürzen. Münster ist dafür ein beredtes Beispiel. Ich hatte dies als ein Beispiel vorbereitet, aber es ist zu lang, es heute auszuführen.

Dieses Vorgehen wäre allerdings noch wirkungsvoller, wenn die Archäologen auf der Grundlage einer systematischen Erschließung des unterirdischen Archivs operieren könnten, so wie im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Schriftquellen zum Mittelalter systematisch ediert wurden.

Der Schutzgedanke der Denkmalpflege einerseits und der hohe Untersuchungsaufwand bei nicht vermeidbaren Bodeneingriffen andererseits führen zu einer Erschließung des Archivs, die nicht von wissenschaftlicher Fragestellung, sondern von Gegebenheiten abhängig ist, die archäologiefremd sind.

Daraus ergibt sich, dass die neuen Bilder von Geschichte, die die archäologische Denkmalpflege erarbeitet, unter Umständen nicht endgültig sein können. Vielmehr sollte die Notwendigkeit zu einer erneuten Korrektur bei jeder weiteren Einsichtsmöglichkeit in den Boden im Auge behalten werden.

Dieser Weg wird so lange weiterführen, bis das unterirdische Archiv vollständig erschlossen ist. Wie lange das dauern wird, wage ich nicht zu prognostizieren.

Daraus folgt im Interesse einer umfassenden Erforschung von Landesgeschichte eine doppelte Aufgabenstellung für die archäologische Denkmalpflege.

Zum Ersten geht es um den pfleglichen Umgang mit allen noch im Boden verbliebenen Teilen des unterirdischen Archivs. Dort findet es nach wie vor seinen besten Schutz, es sei denn, Kyrill tobt. Der hat uns in Waldbereichen die Bodendenkmäler gleich massenweise hochgerissen, die wir nachzudokumentieren nicht schaffen, weil wir nicht in die Wälder können. Normalerweise liegen die Denkmäler unter schön flachwurzelnden Bäumen sehr sicher und warm, und man kann sie dann ausgraben, wenn umgeforstet wird.

Zum Zweiten geht es um eine möglichst sorgsame Behandlung von überlebenden, dem Boden entnommenen Teilen einer archäologischen Untersuchung. Dazu gehören die Dokumentation des während und nach der Ausgrabung zerstörten Befundes und das geborgene Fund- und Probenmaterial. Zunächst von den Archiven, Werkstätten und Magazinen vollständig übernommen, lauert hier erneut eine Menge an Gefahren, welche zu einer unerwünschten Selektion führen könnten.

So ist zum Beispiel das Problem der Sicherung digitaler Daten, deren Halbwertszeit nach gegenwärtigem Stand erschreckend kurz ist, nicht hoch genug für den Fortbestand der Lesbarkeit der Dokumentation einzuschätzen. Überdies sollte bei Konservierung und Restaurierung und naturwissenschaftlichen Untersuchungen des Fundmaterials im Auge behalten werden, dass die angewandten Verfahren die Objekte oft kontaminieren mit der Folge, dass spätere Untersuchungen mit neuen, heute noch unbekannteren Methoden nicht mehr durchführbar sind. Auch solche Fälle haben wir reihenweise.

Schließlich sollte angesichts der nicht unbegrenzten Verfügbarkeit an geeignetem Personal und Unterbringungsmöglichkeiten der ständigen Forderung nach Auswahl nicht nachgegeben werden. Die Ergebnisse zukünftiger

tiger Ausgrabungen können das ältere Material in ganz neuer Sicht erscheinen lassen.

Ich möchte auch noch auf eine andere Form des Sicherns und Bewahrens in der Archäologie aufmerksam machen; das gilt aber auch für andere Bereiche, für die Denkmalpflege insgesamt.

Das ist die Publikation der Grabungsergebnisse *lege artis*. Die Transkription einer Geschichtsquelle im Boden ist adäquat der Veröffentlichung der Schriftquellen, wie sie etwa die *Monumenta Germaniae Historica* oder auch regionale Editionen zeigen, und sollte von gleicher Qualität sein, damit die Geschichtswissenschaft zukünftig auf dieser Grundlage weiterforschen kann. Auch wenn sie nur das Original abbildet: Es wird Vervielfältigung und Verbreitung erreicht, die selbst bei Verlust des Originals, das in der Regel an einer einzigen Stelle untergebracht ist, ein Weiterleben der historischen Information sichern werden, die uns der Boden angeboten hat.

Aber auch hier gilt: Am papiernen Abbild lassen sich keine Proben für zukünftige naturwissenschaftliche Untersuchungsmethoden entnehmen. Der Schutz des Originals hat Priorität.

Eine andere Rolle spielen in dem Zusammenhang populärwissenschaftliche Schriften und die museale Präsentation von Ergebnissen der archäologischen Denkmalpflege. Sie helfen auf indirektem Wege mit, die Ziele der archäologischen Denkmalpflege zu verstehen und damit letztendlich auch den Aufwand, der zum Schutz der Geschichtszeugnisse innerhalb und außerhalb des Bodens betrieben werden muss, zu akzeptieren.

Ich habe deshalb unser neues Landesmuseum in Herne aufgrund der räumlichen wie der inhaltlichen Trennung vom Landesmuseum für Kunst und Kultur in Münster so geplant, dass ausschließlich über den Weg der Archäologie westfälische Landesgeschichte dem Besucher mitgeteilt wird.

Diese eindeutige Entscheidung für die archäologische Blickrichtung auf die Landesgeschichte erlaubt in der Gestaltung des Museums, das unterirdische Archiv als Einheit von Befund und Fund dem Besucher näher zu bringen.

Die große unterirdische Ausstellungshalle bot überdies baulich die Gelegenheit, die Entwicklung vom Ende der letzten Eiszeit bis zum 20. Jahrhundert darzustellen und dort Zäsuren im Entwicklungsprozess zu setzen, wie sie vom Boden mitgeteilt werden und durchaus nicht immer kompatibel sind mit dem, was die Schriftüberlieferung uns glauben macht.

Wenn unsere Besucher das verstehen, dann wird die Bedeutung der archäologischen Denkmalpflege für die Erforschung der Landesgeschichte und damit weitgehend auch ihrer eigenen Geschichte und ihrer eigenen Zukunft begriffen.

Übrigens – und das zum Schluss –: Unser Bleischrott aus der Landesausstellung 2005 ist der Beleg dafür, dass der westfälische Raum auch nach der Niederlage des Varus keinesfalls eine römerfreie Zone war. Die Begehrlichkeiten, die die reichen südwestfälischen Rohstoffvorkommen, Blei, Silber, Eisen, Galmei, Kupfer und Salz, weckten, hielten die Römer in den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt nicht davon ab, enge Wirtschaftsbeziehungen mit dieser Region zu pflegen, die nicht nur Handel, sondern auch Technologietransfer beinhalteten. Es ist nicht auszuschließen, dass sie uns eines Tages noch als römisch-westfälische Unternehmer entgegentreten. Die ersten Hinweise dafür sind da. Arbeiten wir also weiter! – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU) bedankt sich für die Darstellung der Kulturarbeit der beiden Landschaftsverbände und meint, die gemeinsame Sitzung sei etwas sehr Sinnvolles in der Koordination der Kulturarbeit für das Land Nordrhein-Westfalen, auch angesichts der außerordentlich bemerkenswerten Verdoppelung des Kulturetats seitens des Landes, und sollte Auftakt für eine regelmäßige koordinierende Zusammenarbeit sein.

Die Landschaftsverbände, denen rund 113,5 Millionen € für die Kulturarbeit zur Verfügung stünden, seien vor allen Dingen mit der Aktivierung und Bewahrung des kulturellen Erbes beschäftigt, was man auch als Erinnerungskultur oder als Memopolitik bezeichnen könnte. Da sich 26 Museen in Nordrhein-Westfalen in der Trägerschaft der beiden Landschaftsverbände befänden, würde er gern wissen, ob es diesbezüglich auch Abstimmungsbedarfe dahin gehend gebe, solche Sitzungen wie heute zu spezifischen Sachthemen abzuhalten.

Sodann erinnert der Redner daran, dass es in der Vergangenheit übergreifende Elemente gegeben habe wie die Kulturregionen mit den Kulturbüros oder wie das Thema Kulturhauptstadt 2010, wo es sicherlich Abstimmungsbedarf gebe. Diesbezüglich interessiere ihn, wie aus Sicht der Landschaftsverbände die Abstimmung unter den Landschaftsverbänden sowie zwischen Landschaftsverbänden und Land und diese übergreifende Einrichtungen funktioniere.

Beispielhaft nenne er das Landesmuseum Bonn für den LVR, das Landesmuseum Münster für den LWL und das Landesmuseum Detmold für den lippischen Landesteil. Er wolle wissen, wie man vor diesem Hintergrund das künftige RuhrMuseum – möglicherweise in Trägerschaft des RVR – plane und wie man insgesamt die jetzt anstehenden Themen mit Blick auf das Ruhrgebiet koordinieren und angehen wolle. So sei eben die Zeche Zollverein nicht genannt worden, und er würde gerne erfahren, wie hier die Trägerschaft geregelt werde.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens (Landtag) bedankt sich im Namen des Kulturausschusses für die interessanten und instruktiven Vorträge, die man soeben gehört habe. Ganz besonders interessant habe er als Landespolitiker die arbeitsteilige Darstellung der Kulturarbeit der beiden Landschaftsverbände gefunden. Er vermute einmal,

dass diese arbeitsteilige Darstellung für viele Menschen im Lande von Interesse sei. Deshalb rege er für die Arbeit der Landschaftsverbände an, einmal darüber nachzudenken, ob die Landschaftsverbände als Gemeinschaftseinrichtungen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen das, was sie gemeinsam in der Kulturarbeit im Lande leisteten, nicht künftig auch stärker gemeinsamen darstellen sollten. Er vermute, dass ein politischer Wille in diese Richtung schnell formuliert wäre, es möglicherweise aber an der praktischen und konkreten Kooperation mangle. Ein Rat aus der Sicht eines Landespolitikers wäre das allemal.

Als Kulturpolitiker nehme man schon sehr oft „Events“ und in der Regel auch kommunale Trägerschaften im Lande wahr, sei allerdings über die Leistung in der Zusammenarbeit der Landschaftsverbände nicht ausreichend informiert. Im Interesse der künftigen Arbeit der Landschaftsverbände betrachte er es aus Sicht eines Landespolitikers als sinnvoll, darüber nachzudenken, diese gemeinsame Außendarstellung ein Stück auszubauen und zu verbessern.

In Nordrhein-Westfalen sei die Kulturarbeit traditionell in erster Linie Aufgabe der Kommunen, auch in Gemeinschaftsarbeit, etwa durch die Zusammenarbeit der Landschaftsverbände. Er wisse aus der Vergangenheit, dass die Frage der regionalen Kulturpolitik, die eine Idee des Landes gewesen und nicht in erster Linie durch Aktivitäten von kommunaler Seite entstanden sei, zumindest in den Kulturausschüssen der Landschaftsverbände durchaus kritisch diskutiert worden sei. Die Aufregung darum in der Vergangenheit werde sich vermutlich nach den positiven Praxisbeispielen ein wenig gelegt haben.

Er selbst sei in einer solchen regionalen Kulturarbeit am Niederrhein tätig, die recht gut funktioniere und in keiner Weise von irgendjemandem als Konkurrenz verstanden werde gegenüber dem, was andere in der Kulturarbeit, in der Kulturförderung leisteten. Auf Landesebene seien sich Landesregierung und Kulturausschuss einig, dass regionale Kulturarbeit sinnvoll sei und auch weiterhin vom Land gefördert werden sollte. Er wolle gerne wissen, ob diese regionale Kulturpolitik vonseiten der Landschaftsverbände nach wie vor kritisch gesehen werde.

Prof. Dr. Rüdiger Robert (LWL – SPD) geht auf die eingangs gestellte Frage zur Verwaltungsstrukturreform ein und meint, auch die beiden alten preußischen Provinzen hätten in Nordrhein-Westfalen nach wie vor eine gewisse kulturelle Eigenständigkeit. In Westfalen-Lippe habe man in einer Untersuchung des Marketing-Instituts der Westfälischen Wilhelms-Universität festgestellt, dass es so etwas wie eine Marke „Westfalen“ gebe. Insofern sollte man den im Kulturbereich vorhandenen und über 200 Jahre gewachsenen Identitätsfaktor nicht ohne Weiteres vernachlässigen, wenn er ihn auch nicht in den Vordergrund aller verwaltungsstrukturreformpolitischen Überlegungen stellen würde.

Man sollte berücksichtigen, dass die Kulturarbeit, die die Regionen Rheinland und Westfalen-Lippe leisteten, in besonderer Weise kommunennah sei, und zwar durch die gewachsene Struktur und sicherlich auch dadurch, dass sich beide Landschaftsverbände systematisch darum bemühten, beispielsweise örtliche Museen mit Investitionszuschüssen oder auch mit konzeptionellen Vorschlägen zu unterstützen.

Schließlich sollte weiter beachtet werden, dass in Nordrhein-Westfalen die Verwaltung in diesen Bereichen außerordentlich funktionsfähig und leistungsfähig sei. Verwaltungsstrukturreform führe stets dazu, dass umgestellt werden müsse. Das sei nicht von vornherein negativ zu sehen; allerdings seien die Spezialistinnen und Spezialisten in den Verwaltungen zurzeit nicht beliebig ersetzbar und vermehrbar.

Wenn man darauf setze, aus zwei Regionen und fünf Bezirksregierungen drei neue Regionen zu gestalten, müsse man die Kulturarbeit auf diese drei Regionen aufteilen. Das mache unter historischen Aspekten und unter Effizienzgesichtspunkten keinen Sinn. Die Alternative wäre eine Zentralisierung in Form einer Stiftung, wobei niemand wisse, woher das dafür erforderliche Kapital kommen solle. Im Übrigen wäre dieser Bereich dann entkommunalisiert, und eine Zentralisierung könne nur eine Art Verstaatlichung bedeuten.

Insofern habe das, was Herr Behrens gesagt habe, sicherlich eine gewisse Berechtigung. Man könnte nach seiner Meinung durchaus eine Intensivierung der Kooperation in dem Dreiecksverhältnis zwischen Land und den beiden Landschaftsverbänden, also Regionen, zu praktizieren versuchen. Abstimmungsschwierigkeiten gebe es gelegentlich, zum Beispiel beim Thema Kulturhauptstadt Essen und das Ruhrgebiet. Insofern habe man einen hohen Bedarf an Koordination. Darum sei man auch – etwa zu dem Thema Industriemuseum – in einer gemeinsamen Kommission der beiden Landschaftsverbände bemüht.

Schließlich wolle er unter kulturellen Aspekten davor warnen, die gewachsenen und leistungsfähigen Strukturen zu zerschlagen.

Landesdirektor Dr. Wolfgang Kirsch (LWL) geht auf die von Dr. Behrens gestellte Frage nach der regionalen Kulturpolitik ein, bei der man sicherlich nicht mehr so aufgeregt sei wie in der Vergangenheit, aber aus Sicht der Landschaftsverbände sei diese Form der regionalen Kulturarbeit nicht notwendig, und die Fördermittel des Landes wären besser bei den Landschaftsverbänden angesiedelt, weil man dort Synergieeffekte nutzen könnte, die bei der regionalen Kulturpolitik verpufften.

Weiterhin betrachte er es als problematisch, dass in Nordrhein-Westfalen sieben Koordinierungsbüros vorgehalten würden. Vor Ort würden Prioritätenlisten diskutiert, die im Regionalrat beschlossen würden. Bei den Bezirksregierungen befasse sich damit ein Sachbearbeiter; fünf Sachbearbeiter gebe es in der Staatskanzlei, wo die eigentlichen Entscheidungen getroffen würden. Dann komme das Ergebnis zurück in die Region mit zum Teil ganz anderen Prioritäten, als sie die Akteure vor Ort beschlossen gehabt hätten. Nach seinem Verständnis sei das keine regionalisierte Kulturpolitik. Es wäre unter Ressourcengesichtspunkten besser, wenn diese Aufgabe in beiden Landschaftsverbänden angesiedelt wäre.

Auf den Wortbeitrag von Dr. Sternberg eingehend führt der Redner weiter aus: In den Vorträgen sei deutlich geworden, was die beiden Landschaftsverbände im Bereich der Kultur leisteten. Das zeige, dass jeder Versuch, diese beiden Bereiche zu zerschlagen – in welcher Form auch immer –, gerade im Kulturbereich zu einem heißen Tanz führen werde. Die Landschaftsverbände hätten kein Verständnis, wenn man

angesichts dieser gewachsenen und heute demonstrierten Kulturlandschaft aus zwei drei machen wolle. Das würde die bestehenden Beziehungen zwischen den einzelnen Landesteilen zerstören und auf den Widerstand der Landschaftsverbände stoßen.

Die beiden kommunal getragenen Kultureinrichtungen koordinierten ihre Arbeit und ergänzten sich darin sehr gut, etwa beim Rheinischen Industriemuseum und beim Westfälischen Industriemuseum. Da sollte man staatlicherseits nicht eingreifen. Man sei froh, vom Land finanzielle Unterstützung zu erhalten, aber die Abstimmung zwischen den beiden Kommunalverbänden schafften die Politiker und die Verwaltungen im Rheinland und in Westfalen schon selbst.

Das RuhrMuseum sei allerdings ein Beispiel, wie man nicht miteinander umgehen sollte. In Westfalen und wohl auch im Rheinland hätte man sich sehr gewünscht, dass die Konzeption dieses Museums rechtzeitig mit den beiden Landschaftsverbänden abgestimmt worden wäre. Das Land habe mit viel Geld das Rheinische und das Westfälische Industriemuseum gefördert. Dafür, dass nun die gleiche Thematik noch einmal zentral in Essen dargestellt werden solle, zeigten die Landschaftsverbände wenig Verständnis. Man könnte den Menschen die gesamte Industriegeschichte in beiden Teilen des Landes auch heute schon zeigen. Deshalb sei gerade dieses RuhrMuseum ein Negativbeispiel für die Abstimmung zwischen kulturtragenden Einrichtungen.

Nun gelte es zu retten, was zu retten sei. Dabei stehe man mit Blick auf das Jahr 2010 unter großem Zeitdruck. Der Landschaftsverband Westfalen habe deutlich seine Bereitschaft erklärt, die Einrichtung, die sich im Rheinland befinde, im Bereich des Besucherzentrums zu unterstützen. Daran habe man bestimmte Bedingungen geknüpft, etwa dass man den LWL und die Menschen aus dem Westfälischen dort auch wiederfinde.

Mit eigenen Ausstellungen und dem Schwerpunkt Ruhrgebiet werde der LWL das Kulturhauptstadtjahr 2010 begleiten, um deutlich zu machen, dass vieles von dem jetzt Besprochenen schon längst im Westfälischen Industriemuseum zu sehen sei. Schließlich appelliere er als Landesdirektor des LWL an die Anwesenden aus der Landesebene, die beiden Landschaftsverbände bei der Ausgestaltung der Kulturhauptstadt 2010 rechtzeitig einzubeziehen.

Landesrätin Milena Karabaic (LVR) weist darauf hin, dass das RuhrMuseum in dem Weltkulturerbe Zollverein natürlich einen Sonderfall darstelle. Der Landschaftsverband Rheinland sei einer der drei Stifter der jetzigen Stiftung Zollverein.

Angesichts des Prädikats Weltkulturerbe und des sogenannten Masterplans, was mit dem kompletten Areal künftig geschehen solle, habe man sich natürlich die Frage stellen müssen, inwieweit sich der Landschaftsverband Rheinland an dieser weiteren Entwicklung beteiligen könne. Man befinde sich diesbezüglich in der Tat in einem Abstimmungsprozess, wobei man in Bezug auf die einzelnen künftigen Bestandteile der Zeche Zollverein sehr konstruktiv zuwerke gegangen sei.

Bei der Kohlenwäsche gebe es ein Besucherzentrum, das sich als Portal der Industriegeschichte für Nordrhein-Westfalen verstehe. So sei es notwendig und auch selbstverständlich, dass sich neben vielen Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft beide Landschaftsverbände dort wiederfinden. Das sei bezogen auf das Besucherzentrum ein absolut konstruktiver Beitrag für die Entwicklung der Zeche.

Bezüglich des RuhrMuseums sei die Entwicklung nicht sehr erfreulich gewesen. Aber auch hier habe man in einem konstruktiven Dialog mit der entsprechenden Projektgruppe des jetzigen Ruhrlandmuseums deutlich gemacht, dass ein weiteres Engagement des Landschaftsverbandes Rheinland von der detaillierten Abstimmung des Konzeptes zwischen Rheinischem Industriemuseum und RuhrMuseum abhängt. Derzeit gehe man das Feinkonzept Punkt für Punkt durch. Dabei werde darauf hingewiesen, dass verschiedene Themen in bestimmter Form in dem künftigen RuhrMuseum nicht vertreten sein sollten, weil es dann zwei Museen mit gleichen Inhalten gäbe, wie Herr Dr. Kirsch es bereits beschrieben habe. In der Tat sei es eine sehr schwierige Gratwanderung, dem Weltkulturerbe Zollverein die Qualität zu geben, die dieser Standort künftig haben müsse. Es dürfe nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen mit dem industriekulturellen Denkmal Schiffbruch erleide. Da könne man nur an alle appellieren, einen Diskurs zu führen, bei dem ein Kompromiss mit Rücksichtnahme auf das Bestehende und mit einer Herausarbeitung eines künftigen Profils herauskomme.

In Absprache mit Herrn Landesdirektor Molsberger habe sie in jeder Besprechung deutlich gemacht, dass für den LVR die Abstimmung der beiden Konzepte eine *Conditio sine qua non* sei. Von dem Ergebnis mache der LVR abhängig, ob er sein weiteres Engagement beschließen werde.

Sodann geht die Rednerin auf die regionale Kulturförderung ein, bei der aus Sicht des Landschaftsverbandes Rheinland sicherlich ein Dialog und eine Abstimmung notwendig wären. Beide Systeme – regionale Kulturförderung der Landschaftsverbände und auch der legitime Förderwille des Landes – müssten distinkt gehalten werden; denn in die Landschaft hinein müsse ja auch vermittelt werden, wer welche Themen und wer welche Strukturen fördere. Das sei eine Aufgabe, der man sich künftig noch einmal widmen sollte, um die einzelnen Felder zu verdeutlichen, die beide Landschaftsverbände im Sinne des kulturellen Erbes in Nordrhein-Westfalen gemeinschaftlich beackerten, aber jeder auf seiner Ebene.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) führt aus, über das RuhrMuseum ließe sich stundenlang diskutieren, und bei dem Thema hätten alle eine gemeinsame Leidensgeschichte, die weit über die letzte Landtagswahl hinausgehe. Dass in der Vorbereitung und Konzeptionierung durch die Stadt Essen und durch das Ruhrlandmuseum ganz klar Defizite zu konstatieren seien, sei allgemein bekannt. Man sei aber dabei, sie aufzuarbeiten.

Er jedenfalls sei dem Landschaftsverband Rheinland sehr dankbar, dass er die sicherlich nicht einfache Entscheidung getroffen habe, sich an diesem Projekt zu beteiligen, so wie sich das Land auch am RuhrMuseum beteiligen werde. Man könne aber sicherlich nicht behaupten, wie es Herr Dr. Kirsch hier getan habe, dass der LWL an

der Konzeptionierung nicht beteiligt worden sei. Der LWL sei daran sehr wohl beteiligt gewesen – mit allen von ihm eben genannten Defiziten seitens der Stadt Essen. Der LWL habe sich sehr früh, was er respektiere, darauf beschränkt, sich nur am Besucherzentrum zu beteiligen und nicht am RuhrMuseum selbst. Er hätte im Übrigen auch eine Chance darin gesehen, wenn sich beide Landschaftsverbände am RuhrMuseum beteiligt hätten; die Chance hätte man nach der letzten Landtagswahl jedenfalls gehabt. Aber das seien vergangene Entscheidungen, und er akzeptiere die jetzige Situation.

Über das Thema der institutionellen Ansiedlung der regionalen Kulturförderung könne man sehr wohl diskutieren, nur sollte man nicht, nachdem es seines Erachtens in zehn Kulturregionen gut laufe, ohne Not etwas ändern. Wenn man in dem Bereich aber künftig etwas modifizieren wolle, könne man mit ihm auch darüber reden, die Zuständigkeiten ebenfalls zu überdenken.

Allerdings habe man schon in letzter Zeit die regionalen Entscheidungen durch die Kommunen vor Ort respektiert und keine anderen Prioritäten bei der Förderung gesetzt. Man wolle gerade durch die Förderung entsprechender Aktivitäten vor Ort zur Kulturarbeit animieren und dort nicht dirigistisch hineinreden. Das schließe nicht aus, dass man in den Konferenzen vor Ort mitdiskutiere.

Hanns-Jürgen Spieß (LVR – SPD) meint, es scheine immer noch Leute in Westfalen und im Rheinland zu geben, die ein gewisses Problem damit hätten zu akzeptieren, dass das Ruhrgebiet tatsächlich so etwas wie eine eigene Identität habe. Die sei nun einmal in der Bevölkerung vorhanden.

Das Ruhrlandmuseum der Stadt Essen sei überhaupt kein wirkliches Industriemuseum gewesen – und das RuhrMuseum solle auch keines werden –, sondern ein Regionalmuseum im kleinen Stil. Nun gebe es das Angebot an den Standort Zeche Zollverein, der übrigens dem Land gehöre, eine Beispielungsmöglichkeit in Zukunft zuzulassen. Insofern sei die Übergabe des Ruhrlandmuseums in ein RuhrMuseum eigentlich nichts anderes als das Bindeglied eines Regionalmuseums.

Die Schwerpunkte in Oberhausen oder auch in Teilen von Westfalen sollten in der Tat bleiben; sie seien auch nicht das Problem. Wenn man aber nicht verstehen wolle, dass sich neben den beiden Hauptregionen im Ruhrgebiet eben Identität gebildet habe und so etwas wie eine Ruhrregion existiere, dann verstehe man auch das RuhrMuseum nicht und auch nicht, was auf Zeche Zollverein passiere.

Er habe gedacht, man wäre da deutlich weiter. Bei den Westfalen habe er diesen Eindruck nicht, bei den Rheinländern habe er ihn, dass man inzwischen aufeinander zugegangen sei und auch sinnvolle Lösungen in Verhandlungen auf Augenhöhe und im Miteinander finde. Insofern wäre es schön, wenn er bei einer weiteren Sitzung die Westfalen in einer anderen Tonlage als heute hören würde.

Stellv. Vorsitzender Hans-Otto Runkler (LVR) entgegnet, der Landschaftsverband Rheinland – das habe Frau Karabaic schon deutlich gemacht – fühle sich im Rahmen seiner Netzwerkbemühungen nicht nur Projekten wie dem Max-Ernst-Museum,

sondern auch der Zeche Zollverein und dem RuhrMuseum verbunden. Insofern sehe man diese regionale Verantwortung. Prof. Teppe habe dargestellt, dass das auch die Westfalen in ihrem Bereich täten. Man sollte also jetzt nicht in einen Gegensatz über unterschiedliche Regionalbegriffe geraten. Die eingangs festgestellte Aufteilung historischer Regionen wie Rheinland und Westfalen-Lippe und die Definition von Teilregionen, die vielfach eine Rolle spielen, seien sicherlich hilfreich, vielleicht auch für die Entscheidungen der Damen und Herren aus dem Landtag hilfreich gewesen.

Dr. Hans Kloose (LVR – SPD) kommt noch einmal auf das Thema Verwaltungsstrukturreform zurück. Zweifellos sei deutlich geworden, dass Kulturpolitik im Landschaftsverband eben nicht eine Ereigniskultur sei, wie man sie leider Gottes überall erlebe, sondern eine Kultur, die in den Kommunen verwurzelt sei. Er wolle das Augenmerk auf die über 100.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter lenken. Wenn überhaupt etwas Kultur stifte, wenn überhaupt etwas Kultur sei, dann sei es die Mitarbeit am Gesellschaftlichen, die im Ehrenamt geschehe.

Bei den Überlegungen, ob man die Landschaftsverbände zerschlage und etwas Neues mache, sollte auch bedacht werden, dass solche Verwurzelungen – heute nenne man so etwas Netzwerke – in der Kultur dann ebenfalls zerschlagen würden. Das zu berücksichtigen sei sehr wichtig. Das Entscheidende sei jedoch, dass Ehrenamtliche in dem Bereich arbeiteten und deren Interessen zur Kenntnis genommen würden. Deshalb appelliere er nochmals an alle Verantwortlichen, bei den Überlegungen zur Verwaltungsstrukturreform nicht dem Grundsatz zu folgen, das, was sich bewährt habe, abzuschaffen. Aber genau das passiere bei den Landschaftsverbänden, wenn er manche Äußerung richtig interpretiere.

Roland Trottenburg (LWL – CDU) meint, das Ruhrgebiet als Einheit zu betrachten sei eine folkloristische Legende und neuerdings ein politischer Kampfbegriff.

Er sei im östlichen Ruhrgebiet groß geworden und habe dort 30 Jahre gelebt. Nun sei er im westlichen Ruhrgebiet, nämlich in Bottrop, ansässig und politisch in verschiedenen Gremien tätig. Zum Thema Ruhrgebietsbewusstsein und Einheit Ruhrgebiet empfehle er, in einigen Städten außerhalb des Kernruhrgebietes nachzufragen. Bottrop habe eine so gut wie einstimmige Resolution „gegen“ das Ruhrgebiet verabschiedet. Die Regionalräte in Münster, in Arnsberg und in Düsseldorf hätten einstimmig die Pläne der Landesregierung, die Planung ins Ruhrgebiet zu geben, abgelehnt. In fast allen Bereichen – Emscher-Lippe-Region, aber auch in Richtung Ostwestfalen, Dortmund, Hamm, Hagen – gebe es ganz ähnliche Einschätzungen bezüglich der Einheit des Ruhrgebiets. Insofern sei die Behauptung, das Ruhrgebiet sei eine Einheit, in der Sache falsch.

Diese Folklore, auf die sich manche bezögen, sei vorbei. Es gebe Teile des Ruhrgebiets mit völlig unterschiedlichen Interessen, völlig unterschiedlichen Ausrichtungen und völlig unterschiedlichen Bezügen. Das müsse man zumindest zur Kenntnis nehmen und sollte es auch etwas leidenschaftsloser sagen, als Herr Spieß es getan habe.

Landesdirektor Udo Molsberger (LVR) merkt zur Kulturarbeit in Nordrhein-Westfalen und zur Rolle der Landschaftsverbände an: Über den Einzelfall Zollverein hinaus gebe es im LVR die grundlegende Überzeugung, dass man Dinge heute nicht mehr allein machen könne, sondern sie vernetzen sollte. Das betreffe nicht nur die Kulturarbeit, das betreffe auch die Behindertenarbeit. In vielen Bereichen müsse nicht jeder die Welt neu erfinden.

Bezogen auf Zeche Zollverein gebe es allerdings zwei Voraussetzungen: erstens dass die Gesamtfinanzierung sichergestellt sei und zweitens dass man, wenn man schon Geld gebe, bezüglich dieses Anteils auch inhaltlich mitbestimmen dürfe.

Konkret habe man den Beteiligten – Stadt Essen, Land Nordrhein-Westfalen – angeboten, jährlich 2 Millionen € in diese Kooperation hineinzuschießen. Man habe dies allerdings gedeckelt, weil man nicht Risikoträger sei. Risikoträger müsse die Stadt Essen bleiben.

Wenn man sich auf dieser Basis verständige, stehe dem Engagement beim Zollverein ab 2008, 2009 – je nachdem, wie schnell man das regele – nichts mehr im Wege. Das sei für den LVR auch Leitlinie für mögliche andere Beteiligungen.

Prof. Dr. Rüdiger Robert (LWL – SPD) meint, Hauptthema heute sei ja eigentlich die Kulturarbeit in der Region. Dabei sei die Frage Zollverein eine wichtige, aber nicht die alleinige. Insofern sei zu fragen, an welchem Punkt man in der Kulturarbeit in der Region angekommen sei. Vorhaltungen, was man in der Vergangenheit hätte besser machen können, führten nicht weiter.

Vonseiten des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bitte er den Kollegen aus Essen um Verständnis. Über Ruhrgebietsidentität wolle er nicht streiten; es gebe sicherlich Menschen, die eine Ruhrgebietsidentität hätten. Zum Gebiet des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gehöre Essen aber nicht. Nach der Landschaftsverbandsordnung sei man bei der Kulturarbeit dazu gehalten, sich an ein entsprechendes Territorium zu orientieren. Man werde Dinge, die grenzüberschreitend auch für Westfalen-Lippe wichtig seien – und dazu gehöre das Vorhaben Zollverein –, mittragen. Das gelte etwa für das Besucherzentrum; das habe der Kulturausschuss des Landschaftsverbandes bereits beschlossen.

Herr Dr. Kirsch habe deutlich gesagt, dass der Kulturausschuss darüber hinaus beschlossen habe, in 2009 oder 2010 das, was hinter der Gesamtangelegenheit stehe, die ja über Zollverein hinausgehe, mit begleitenden Angeboten im westlichen Ruhrgebiet zu unterstützen. Der Status, den man einmal erreicht habe, um regionale Kulturpolitik zu koordinieren und in der Kulturarbeit zu kooperieren, sei der richtige Weg für die weitere Zusammenarbeit. Alles andere wäre doch ein Gegeneinanderlaufen.

Vorsitzender Dieter Gebhard (LWL) bemerkt, der heute angestrebte Gedankenaustausch wäre unvollständig geblieben, wenn diese strittigen Punkte nicht ausgesprochen worden wären. Insofern sei es nur konsequent, dass man sich auch über diese Dinge unterhalte.

Ihm sei der Hinweis erlaubt: Je weiter man sich vom Zentrum des Ruhrgebiets entferne, desto mehr verblasse die Ruhrgebietsidentität. Als Beispiel nenne er den Kreis Haltern, der sich stärker zu Münster hingezogen fühle. Man könnte auch im Kreis Wesel nachfragen, ob sich die Menschen dort eher als Rheinländer oder eher als Ruhrgebietsmenschen verstünden. Nur würde es den heutigen Rahmen sprengen, hier Details auszubreiten.

Für ihn sei Kultur auch ein Stück Streitkultur. In diesem Zusammenhang nehme er für die Mitglieder beider Landschaftsverbände in Anspruch, dass man sehr solidarisch und sachdienlich miteinander umgehe, was wohl auch so bleiben werde. Er habe das heutige Gesprächsergebnis und diesen Gedankenaustausch so empfunden, dass man sich weiter anstrengen werde, das Thema zu intensivieren und nicht zu vernachlässigen, wissend, dass es einen großen Partner in Düsseldorf gebe, den Kulturausschuss des Landtags, mit dem man sich stärker als bisher ins Gespräch begeben sollte, um im Interesse der Sache voranzukommen.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens (Landtag) hält für den Kulturausschuss des Landtags abschließend fest: Dessen Mitglieder hätten den Informationen über die Kulturarbeit der beiden Landschaftsverbände und der sich anschließenden lebendigen Diskussion, die erahnen lasse, was an Diskussionen noch bevorstehe, wenn eine Neuordnung des Landes auf der Mittelebene konkret werde, interessiert zugehört.

Man sollte nicht verkennen, dass Landesbewusstsein und Regionalbewusstsein, was beides in der Diskussion aufgeflackert sei, sehr eng mit dem Thema Kulturarbeit zusammenhängen. Unabhängig davon, wie sich der Landtag bei der Neuorganisation entscheiden werde, wirkten alle daran mit, durch Kulturarbeit Bewusstsein der Menschen zu schaffen und zu verändern. Ob dies nun Landesbewusstsein sei, Regionalbewusstsein, Ruhrgebietsbewusstsein, westfälisches oder rheinisches Bewusstsein, das lasse er einmal dahingestellt.

Wenn zum Ende der 14. Legislaturperiode des Landtages die Veränderung der Verwaltungsstruktur in Nordrhein-Westfalen anhand von Vorschaltgesetzen oder Ähnlichem tatsächlich zu diskutieren sein werde, werde es wohl noch einmal heiß hergehen. Er sei sehr gespannt auf den Ausgang dieser Debatte, die er ja vor Jahren mitgestaltet und mit angeführt habe.

Der Vollständigkeit halber gebe er dazu noch den Hinweis: Als 1998 die Regierung Clement und so auch Innenminister Behrens Vorschläge zur Reform der Verwaltung gemacht hätten, habe man vorgesehen, die Kulturarbeit der Landschaftsverbände in der jetzigen Form zu erhalten.

Unabhängig von der weiteren Debatte und den politischen Konstellationen in der nächsten Legislaturperiode werde man vermutlich auch die Diskussionen dieser Gremien, ob wieder drei Kulturausschüsse oder wie viele auch immer, fortsetzen. Insofern handele es sich bei der heutigen Veranstaltung um eine Art Brauchtum, da sie zum wiederholten Male stattgefunden habe. Dieses Brauchtum sollte man auch in den kommenden Jahren, Legislaturperioden und Generationen aufrechterhalten und weiter befördern.

Schließlich bedankt sich der Vorsitzende bei den beiden Landesdirektoren, die heute eigens zu dieser Sitzung gekommen seien, und richtet ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Landschaftsverbände, die diese Sitzung vorbereitet und durchgeführt hätten.

Stellv. Vorsitzender Hans-Otto Runkler (LVR) schließt die Sitzung mit den Worten: Kulturpolitiker zeigten immer ein besonderes Engagement, diskutierten schon einmal heftig, aber stets an der Sache orientiert. Dabei sei Harmonie in der Auseinandersetzung im Großen und Ganzen möglich.

(Sodann schließt sich eine Führung durch die Abtei Brauweiler mit dem Schwerpunkt Restaurierungswerkstätten des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege und Zentrum für Papierentsäuerung an.)

gez. Dr. Fritz Behrens
Vorsitzender

Anlage

hoe/09.05.2007/09.05.2008

144

Die Landschaftsverbände.
Gut für die Menschen in NRW.



Die Kulturarbeit der Landschaftsverbände

Landesrätin Milena Karabaic, LVR
Landesrat Prof. Dr. Karl Teppe, LWL

Abtei Brauweiler, 14. März 2007



Leistungen

- 26 Museen
(LVR 10, LWL 16 Museen)
- 2,36 Mill. Besucherinnen
und Besucher in 2006
(LVR 1,07 Mill., LWL 1,29 Mill.)
- Qualifizierte Beratung
- Nachhaltige Kulturförderung

Strukturdaten

- Etat: 113,5 Mill. Euro in 2007
(LVR 50 Mill., LWL 63,5 Mill. €)
- 1.185 Stellen in 2007
(LVR 600, LWL 585)
- Zusammenarbeit mit über
100.000 Ehrenamtlichen in
Vereinen und Verbänden

Die Museen

- LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Münster
- *Rheinisches Landesmuseum Bonn*
- LWL-Museum für Archäologie, Herne
- *Archäologischer Park und Regionalmuseum Xanten*
- LWL-Römermuseum, Haltern am See
- LWL-Museum für Naturkunde, Münster
- LWL-Freilichtmuseum Detmold
- *Bergisches Freilichtmuseum Lindlar*
- LWL-Freilichtmuseum Hagen
- *Rheinisches Freilichtmuseum Kommern*
- Stiftung Kloster Dalheim. LWL-Landesmuseum für Klosterkultur
- Museum in der Kaiserpfalz, Paderborn



Die Museen

LWL-Industriemuseen:

Zeche Zollern, Dortmund

Zeche Nachtigall, Witten

Zeche Hannover, Bochum

Henrichshütte in Hattingen

Schiffshebewerk Henrichenburg

Textilmuseum in Bocholt

Ziegeleimuseum in Lage

Glashütte Gernheim, Petershagen



Die Museen

*Rheinisches Industriemuseum:
Zinkfabrik Altenberg, Oberhausen
Textilfabrik Cromford, Ratingen
Gesensschmiede Hendrichs, Solingen
Papiermühle Alte Dombach, Bergisch
Gladbach
Baumwollspinnerei Ermen & Engels,
Engelskirchen
Tuchfabrik Müller, Euskirchen*



Sammeln und Bewahren

... von herausragenden Zeugnissen rheinisch- westfälischer Kultur und Geschichte

- *Skelett des 1856 bei Mettmann gefundenen Neandertalers*
- Mittelalterliche Glasscheibensammlung des Freiherrn vom Stein
- *Rekonstruktion der ersten Textilmaschinen auf dem europäischen Kontinent*
- Weltweit größter Riesenammonit mit einem Durchmesser von 1,80 Metern



Vermitteln und publizieren

... für ein breites Publikum

- **Attraktive Sonderausstellungen**
„Klima und Mensch“, Herne
„Von den Göttern zu Gott“, Bonn
- **Lebendige Museumspädagogik**
Familienführungen, Schulprojekte,
Mitmach-Ausstellungen, Vorträge
oder Fortbildungen
- **Facettenreiche Publikationen**
Museumsführer,
Ausstellungskataloge,
Fachpublikationen, Herausgabe
eigener Zeitschriften: z.B.
„Westfalen“, „industrie-kultur“



Museale Netzwerke

Stiftungsbeteiligungen, z. B.

- Stiftung Zollverein, Essen
- Stiftung Max Ernst, Brühl
- Stiftung Scheibler-Museum, Rotes Haus Monschau
- Preussen-Museum NRW

Industriekulturelle Kooperationen

- Europäische Partnermuseen in Frankreich, Spanien, Tschechien und Polen
- European Route of Industrial Heritage, Route der Industriekultur



LVR- Kulturförderung und Kulturpartnerschaften

- 22 Stiftungsbeteiligungen
- Unterstützung von Geschichts- und Heimatvereinen, Förderung von Publikationen
- Verleihung des Albert-Steeger-Preises, des Paul-Clemen-Preises und des Rheinlandtalers
- Kulturvertrag mit der Provinz Limburg
- Zusammenarbeit mit der deutsch-sprachigen Gemeinschaft in Belgien



- Bestandteil der Euregio Rhein-Maas
- EU-geförderte Projekte mit Museen in Frankreich, Spanien, England, Polen
- Projektbezogene Kooperationen mit Georgien, Portugal, USA

LVR Kulturfördermittel 2007

- 2,9 Millionen Euro aus Mitteln der Regionalen Kulturförderung
- 3,3 Millionen Euro aus Mitteln der Sozial- und Kulturstiftung des LVR

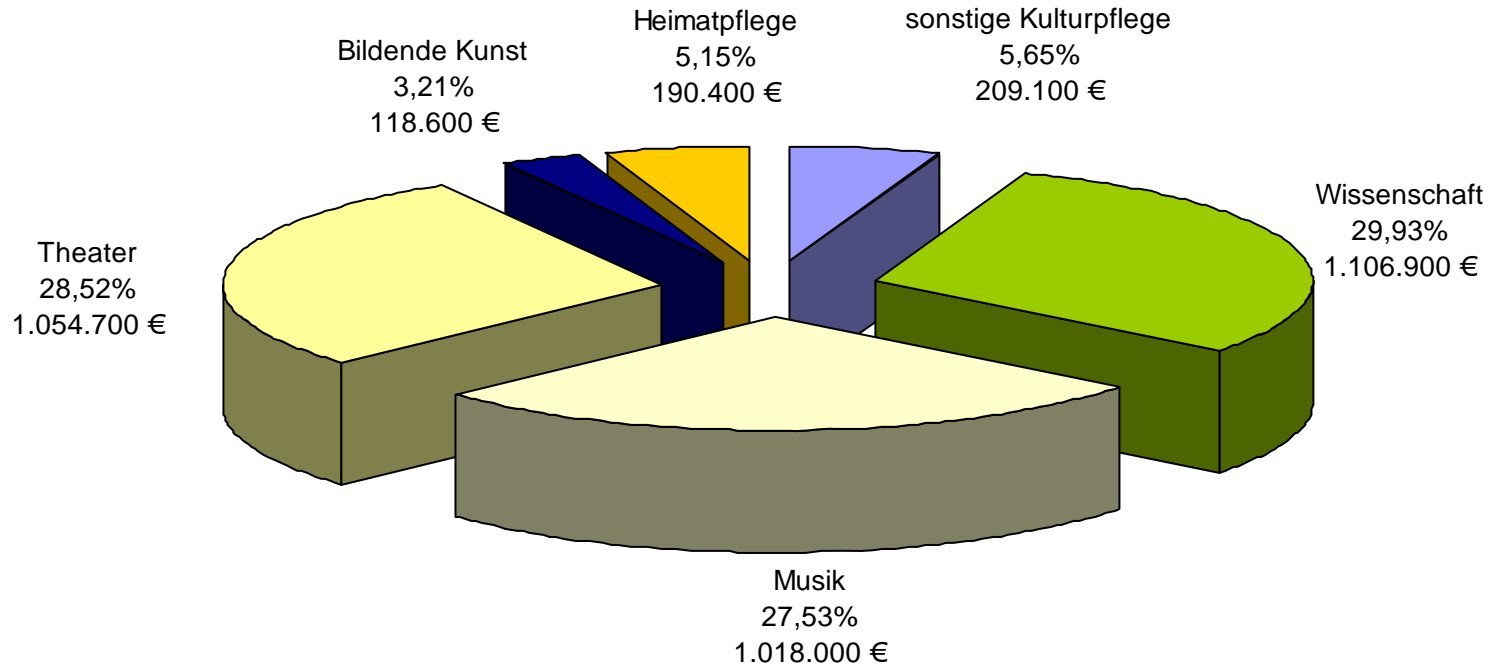


LWL - Kulturförderung und Kulturpartnerschaften

- Förderung von Theatern, Musik, Literatur, Bildender Kunst, Landesforschung und Publikationen
- Annette-von-Droste-Hülshoff-Preis, Konrad-von-Soest-Preis, Hans-Werner-Henze-Preis, Karl-Zuhorn-Preis und Förderpreis für Westfälische Landeskunde
- Patenschaft mit der Provinz Westflandern
- Künstleraustausch mit Gotland
- LWL-Kulturstiftung



Kulturförderung LWL



Außerdem: Förderung durch die LWL-Kulturstiftung mit rd. 800.000 € pro Jahr

Landschaftsverbände als regionale Dienstleister

- LWL-Amt für Denkmalpflege in Westfalen
- *Rheinisches Amt für Denkmalpflege*

- LWL-Archivamt für Westfalen
- LWL-Museumsamt für Westfalen
- *Rheinisches Archiv- und Museumsamt*

- LWL-Medienzentrum für Westfalen
- *Medienzentrum Rheinland*

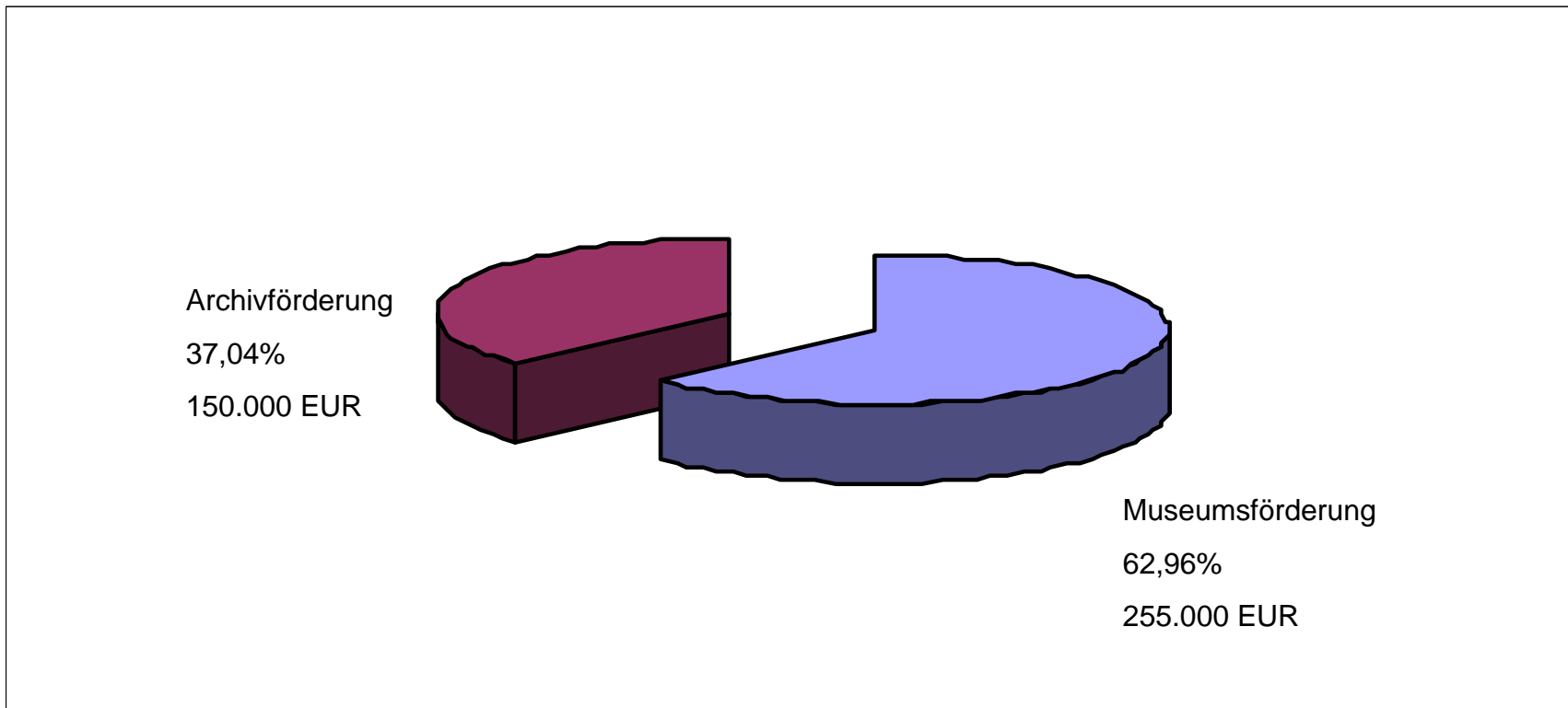


Landschaftsverbände als regionale Dienstleister

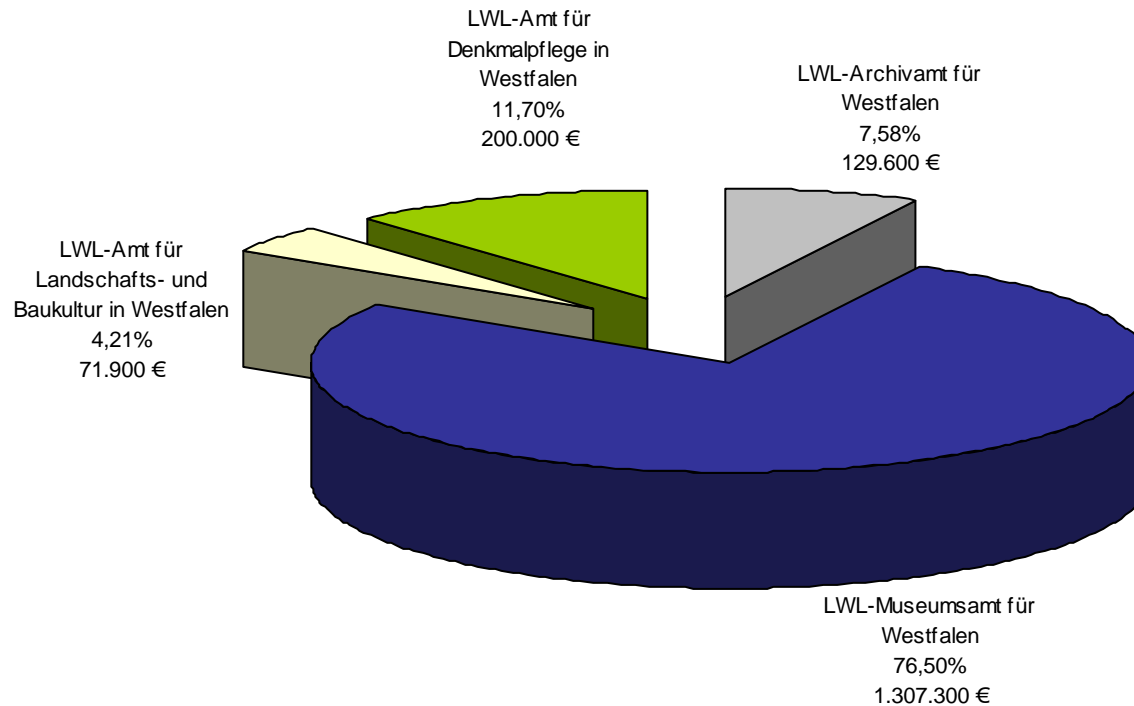
- LWL-Archäologie
- *Rheinisches Amt für Bodendenkmalpflege*
- LWL-Amt für Landschaft und Baukultur in Westfalen
- *Umweltamt des Landschaftsverbandes Rheinland*



Finanzielle Förderung (LVR)



Finanzielle Förderung durch die Kulturdienste (LWL)



Landeskundliche Forschung

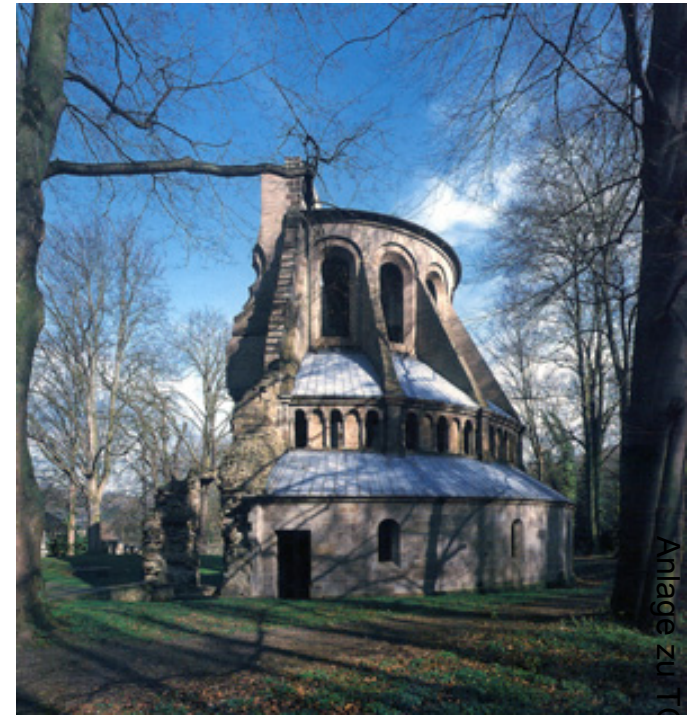
- LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte
- Sechs Westfälische Kommissionen für Landeskunde

- *Amt für Rheinische Landeskunde*
- *Rheinischer Verein für Heimatpflege und Denkmalschutz*



Unterstützung der Heimatbünde

- Finanzierung des Personals der Geschäftsstelle des Westfälischen Heimatbundes mit weit über 100.000 ehrenamtlich engagierten Menschen
- *Finanzierung der Geschäftsstelle des Rheinischen Vereins für Heimatpflege und Denkmalschutz mit rd. 3.000 Mitgliedern*



Gemeinsame Projekte LWL und LVR

- Europäisches Gartennetzwerk EGHN
- digitales Landschafts-Informationssystem KuLaDig
- Medienberatung NRW
- EDMOND
- Landesinitiative Substanzerhalt NRW

